

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Eigentümer:  
Gris Mühlentanz, Berlin.  
Verleger: Graf Schulz 4403/4404



Stützpunkt für Verlag und Redaktion:  
Zehn 0204, Zehn-Wilhelm-Platz 6  
Verlagshaus: Gropius

Die Zeitung wird im Colportage-Vertrieb durch den Reichs-Vertriebsdienst der SPD an alle Haushalte in Deutschland, Österreich und der Schweiz kostenlos zugestellt.

Berlin, den 16. Dez. 1932.

Int. Institut  
Soc. Geschiedenis  
Amsterdam

Schleichers Echo.

SPD. Der Reichskanzler kann sich über die Aufnahme seines Programms in der Öffentlichkeit nicht beschweren. Ob man nun die Blicke nach dem linken Flügel des Bürgertums richtet oder nach der äussersten Rechten, alles strahlt Wohlwollen und Zufriedenheit aus. Die radikalste nationalsozialistische Presse spricht von faulen Kompromissen, womit sie Recht hat. Aber dieser Vorwurf steht der NSDAP sehr schlecht an. Hitler ist auf dem besten Wege, ein ganz oberfaules Kompromiss mit den Schwerindustriellen einzugehen. So bleiben als ernst zu nehmende Opposition gegen das Kabinett Schleicher lediglich die sozialdemokratische Opposition und die Kommunisten.

Die Grundelemente der Schleicherschen Rede waren schon Tage zuvor in der Presse der Rechten festzustellen. Es schleicherten die sozialen Romantiker um die "Tägliche Rundschau", es schleicherten die bündischen Romantiker und es schleicherte selbst ein so hartgesottenes kapitalistisches Sonderorgan wie die "Berliner Börsen-Zeitung". Man machte in sozialer Vernebelung, und es war von grotesker Komik zu sehen, wie die "Berliner Börsen-Zeitung" feierlich deklamierte, dass es nicht darauf ankomme, ob Massnahmen kapitalistisch oder sozialistisch seien, sondern nur darauf, dass sie zweckmässig seien und zum Ziele führten. Das war schon beinahe eine gesinnungsmässige Verleumdung der kapitalistischen Belange durch ein so gut kapitalistisches Organ! Ein jeder hat gespürt, dass hier die sozialen Romantiker des Kreises um Schleicher eingewirkt hatten, aber auch zugleich, was hinter dieser sozialen Romantik steckte. Denn schliesslich hat niemand geglaubt, dass allein die Uniform eines Generals genügen würde, um die gut kapitalistische Börsenzeitung in eine Schwärmerin vom Schlage des Schleicher nahestehenden "Tatkreises" und der seiner "Täglichen Rundschau" zu verwandeln.

Man hat eben in kapitalistischen Kreisen sehr wohl verstanden, dass jemand noch nicht Sozialist ist, weil er Wert auf sozialen Eindruck legt. Man weiss dort sehr gut, dass die Realitäten des Kapitalismus ganz anderes Gewicht haben als unklare und schwärmende Vorstellungen, mögen sie auch aus Offizierskreisen stammen. So war schon vor der Programmrede Schleichers klar, dass garnichts Weltbewegendes zu hören sein würde, und nach der Schleicherrede hat sich im bürgerlichen Lager alles in Wohlgefallen aufgelöst! Die Betrachtungen Schleichers über die Armee als sozialste Einrichtungen der Welt, sozusagen als Vorstufe zum Sozialismus über die Rolle der Bünde und der Jugendertüchtigung - das ist nicht von aktueller und wesentlicher Bedeutung. Was ist und bleibt ist rund und nett, einfach und klar das alte Papen-Programm. So ging am Freitag durch die gesamte bürgerliche Presse also Zufriedenheit: auch bei dem Reichskanzler-General, auch bei Herrn von Schleicher wird nur mit Wasser gekocht, und zwar mit sehr traditionellen, gut bürgerlichen, gut kapitalistischen Wassern.

Man erinnert sich, welches Aufsehen seinerzeit um Herrn von Seeckt ge-

macht wurde, um den kommenden grossen Mann, die Sphinx, wie man ihn nannte. Als Herr von Seeckt nach seinem Abgang den Mund auftat, war es aus mit dem rätselhaften Nimbus. So ähnlich geht es Herrn von Schleicher. Man kann nicht sagen, dass er vorher ein Schweiger gewesen sei. Aber jetzt musste er als Reichskanzler eindeutig und verantwortlich reden. Und nachdem er es getan hat, waren alle zufrieden mit ihm im Lager des Bürgertums, eben weil er auch nichts anderes weiss als die herkömmliche kapitalistische Weisheit. So sehr dieser Kurs, mehr Bürgerblock-Kurs als Papen-Kurs, ausserdem noch die Risikoelemente annehmen soll, die in zu dreistem Auftragen gegen gegenrevolutionäre Gesinnungen und Absichten liegen, ist die Zufriedenheit des wahren Bürgertums vollkommen.

Die Not der Zeit drängt unerbittlich nach sozialistischen Lösungen, nach entschlossenen Eingriffen in die Wirtschaftsverfassung, um dem Marrasmus ein Ende zu machen und den Wiederaufstieg anzubahnen. Es soll Schwärmer gegeben haben, die geglaubt haben, wenn erst ein Militär die Zügel ergreift, so werde vielleicht die starre kapitalistische Gebundenheit ein Ende haben und es würden sich Ansätze zu vernünftigerer Wirtschaftspolitik ergeben. Diese Schwärmerien waren ungefähr ebenso berechtigt wie die Worte Schleichers über die Kameradschaft im Kriege oder über die Armee als soziale Einrichtung. Es ist die älteste Wahrheit des Sozialismus, aber sie ist heute wieder neu: kein autoritärer Regierungschef, keine Diktatur und kein sozialer General kann dem Elend ein Ende machen. Die Sozialisten müssen selbst dafür sorgen, dass der Weg zu sozialistischen Lösungen entschlossen beschritten wird.

-----

SPD. Die Nazipresse schweigt zu den Enthüllungen Otto Strassers über den Sumpf in den Braunen Häusern. Ein Beweis, dass die von Gregor Strassers Bruder gegebenen Darstellungen wahr sind. Ein Beweis aber auch, wie sie im Nazilager eingeschlagen haben.

Unterdessen geht der Zersetzungsprozess im Hitlerlager munter fort. Er wirkt sich aus in einer Austrittsbewegung, die nach den Mitteilungen eines Berliner Abendblattes bereits katastrophale Formen angenommen hat. Nach der Darstellung dieses Blattes beziffert sich der Mitgliederrückgang der Nazi-partei in den letzten Wochen auf mindestens 38 bis 40 Prozent! Danach ist anzunehmen, dass die NSDAP heute kaum noch 500 000 eingeschriebene Mitglieder zählt. Das bedeutet bei 12 Millionen Mark Schulden, dass auf jeden eingeschriebenen Nationalsozialisten nicht weniger als rund 24 Mark entfallen.

-----

SPD. Die Sozialdemokratische Fraktion hat im Preussischen Landtag folgenden Urantrag eingebracht :

"Die Aufnahmebestimmungen für die Pädagogischen Akademien für das Jahr 1933 enthalten eine untragbare Benachteiligung der evangelischen weiblichen Jugend. Nur die Pädagogischen Akademien in Elbing und Dortmund sollen eine beschränkte Anzahl weiblicher Studierender aufnehmen. Die gemeinsame Ausbildung von Lehrern und Lehrerinnen an den Pädagogischen Akademien hat sich durchaus bewährt. Die vorgesehene Regelung widerspricht den pädagogischen Erfahrungen und dient nicht den Interessen der Volksschule.

Der Landtag wolle beschliessen: Das Staatsministerium wird ersucht, die Aufnahme von weiblichen Studierenden an den Pädagogischen Akademien in Kiel, Frankfurt a.Main und Halle zu ermöglichen."

-----

**SPD. Der Parteiausschuss der Sozialdemokratischen Partei trat am 16. Dezember gemeinsam mit der Kontrollkommission zusammen, um die ersten Vorbereitungen für den im März in Frankfurt anberaumten Parteitag zu treffen.**

Die Beratungen begannen mit einem Referat von Otto Wels, an das sich eine Diskussion anschloss. Der Parteiausschuss stimmte dem Vorschlage des Parteivorstandes zu, den Parteitag am 12. März und folgende Tage in Frankfurt a.M. abzuhalten. Der Parteitag wird ein Bekenntnis zu den Lehren von Karl Marx sein, dessen 50. Todestag in die Zeit des Parteitages fällt. Der vom Parteivorstand vorgeschlagene vorläufige Tagesordnung für den Parteitag wurde ebenfalls zugestimmt. Den Auftakt zum Parteitag wird ein Referat von Rudolf Hilferding über "Marx und die Gegenwart" bilden. Einen politischen Bericht des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion wird Otto Wels in einem Referat über die "Politik der Sozialdemokratie" geben. Dann soll Siegfried Aufhäuser über die "Krisenbekämpfung und Arbeitsbeschaffung" referieren. Ueber "die wirtschaftliche und politische Völkerverständigung" wird Rudolf Breitscheid ein Referat halten. Ueber die "Parteiorganisation und Parteifinanzen" berichten Hans Vogel und Crummenerl. Zu diesem Tagesordnungspunkt soll der jetzige Vorsitzende des Kulturbundes Grimme über die Tätigkeit des sozialistischen Kulturbundes in der Zeit der jetzigen Kulturreaktion sprechen. Frau Juchacz wird über die Frauenbewegung Bericht erstatten. Den Bericht der Kontrollkommission wird deren Vorsitzender, Hengsbach, geben. An diese Tagesordnung wird sich die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission sowie die Beratung der Anträge anschließen.

In der Nachmittagssitzung befasste sich der Parteiausschuss mit den in der Presse vielfach erörterten Differenzfragen in der gegenseitigen Stellung zum Stülpnagel-Kuratorium. Diese Differenzen wurden in der Parteiausschusssitzung restlos beseitigt, sodass sie einen Streitgegenstand nicht mehr bilden

-----

SPD. Dresden, 16. Dezember (Eig. Drahtb)

Die sozialdemokratische Fraktion brachte im sächsischen Landtag einen Antrag ein, in dem auf eine Versammlung nationalsozialistischer Polizeibeamter Bezug genommen wird, die dieser Tage in Leipzig stattfand. An der Versammlung nahmen etwa 80 bis 100 Polizeibeamte, darunter 5 Polizeioffiziere teil. In dem Antrag heisst es:

"Am 3. Dezember 1932 hat in Leipzig in Ulrichs Bierpalast eine Versammlung von nationalsozialistischen Polizeibeamten stattgefunden, in der etwa 80 bis 100 Polizeibeamte, darunter fünf Polizeioffiziere, anwesend waren. Der von seinem Dienst suspendierte Polizeihauptmann Schmidt aus Chemnitz hat in der Versammlung Staatsorgane beschimpft und der Polizeiwachtmeister Seifert aus Chemnitz hat in Aussicht gestellt, dass "am Tage der Uebernahme der Macht durch die Nationalsozialisten alle republikanischen Beamten entlassen würden." Im übrigen ist in der Versammlung eine masslose Hetze gegen alles, was republikanisch ist, getrieben worden. Als die so verhetzten Versammlungsbesucher nach Schluss der Versammlung beim Verlassen des Lokales auf die Strasse traten, gingen zufällig auf der gegenüberliegenden Strassenseite etwa acht Reichsbannerleute vorbei. Sofort stürmten unter der Anführung von zwei uniformierten Nazis etwa 40 bis 50 der Versammlungsbesucher auf die Reichsbannerleute los, die nach kurzem Wortwechsel von der Uebermacht gefährlich verprügelt wurden. An dem Ueberfall waren auch Polizeibeamte und -offiziere in Zivil beteiligt, die unter Missbrauch ihrer Dienstwaffen ebenfalls auf die überfallenen Reichsbannerleute einschlugen. Sieben Reichsbannerleute wurden geschlagen, darunter fünf mit Schlagringen verletzt. Vier von den Verletzten mussten sich in ärztliche Behandlung begeben. Einer leidet noch jetzt unter den Folgen der Verletzungen.

Einige Polizeibeamte in Zivil riefen den überfallenen Reichsbannerleuten zu: "Polizei!" Dann zeigten sie flüchtig ihren Ausweis und schlugen gleichzeitig mit Schlagringen wild auf die Ueberfallenen ein. Ein Polizeibeamter in Zivil, der als Schläger von dem anrückenden Ueberfallkommando ergriffen wurde, sagte: "Kameraden, lässt mich doch, ich bin Polizei". Nach Zeugenangaben hat sich der Polizeihauptmann Knofe an dem Ueberfall beteiligt. Der Polizeihauptwachtmeister Schmalfluss war mit Knofe zusammen. Der Polizeihauptmann Rost war zur Zeit des Ueberfalles in unmittelbarer Nähe. Polizeihauptwachtmeister Wilke hat zu den vorbeigehenden Reichsbannerleuten gesagt: "Macht euch fort, sonst gibts Dresche", im gleichen Augenblick hat er auch schon mit einem Schlagring auf die Ueberfallenen eingeschlagen. Auf der Wache hat Wilke gesagt: "Wenn ich meine Pistole gehabt hätte, dann hätte ich sie alle über den Haufen geschossen". Polizeiwachtmeister Ortman ist von Zeugen überführt, dass er "tüchtig zugeschlagen" hat, Polizeihauptwachtmeister Kümmel war ebenfalls bei dem Ueberfall. Er ist derselbe Mensch, der vor kurzem mit dem Polizeidiensthund eine Nazi-Klebekolonie geschützt hat.

Die Regierung wird ersucht, dafür Sorge zu tragen, dass die Bevölkerung vor solchen gemeingefährlichen Polizeibeamten geschützt wird und die Schuldigen streng bestraft und aus der Polizei entfernt werden.

-----

SPD. Der Führerkrach im Nazilager lässt selbst die "Heitere Ecke" der Tageszeitungen auf ihre Kosten kommen.

Im Zenith seiner Macht angekommen und als der Sieg "zum Greifen nahe" war, hatte der Herr der Brauhäusler keine andere Sorgen als die Neu-Uniformierung seiner braunen Scharen. Wie sein Vorgänger Wilhelm II, so ersann Adolf die neuen Waffenrockschnitte, neue Tressen und Sterne, Rang- und Gradabzeichen, vom Oberosaf bis zur SA und bis zum jüngsten Zeitungsaussträger der Naziblätter. Das waren so die Sorgen "des Führers" um die Not und das Elend des deutschen Volkes.

Kaum waren die neuen Uniformen verpasst, als ein grosser Krach zwischen den Pgg. M.d.R. und den Pgg. M.d.L. des preussischen Landtags ausbrach. Der Grund: die M.d.R. konnten am Rockärmel zwei Streifen tragen, die M.d.L. aber nur einen Streifen. Heftiger Protest der M.d.L. und einstimmige Protestaktion der Landtagsfraktion in München. Mit dem Erfolg: dass dem Wunsch und Eitelkeitsbedürfnis der M.d.L. entsprochen wurde. Das sind so die Sorgen der Landtagsfraktion einer "Arbeiterpartei".

-----

SPD. Breslau, 16. Dezember (Eig. Drahtb.)

In Breslau drang ein Geschäftsmann, bei dem die NSDAP Waren ohne Bezahlung "gekauft" hatte, auf Begleichung seiner Aussenstände. Er erhielt die Antwort, dass die Nationalsozialisten nicht nachprüfen könnten, ob die Forderungen zu Recht beständen, denn die Leitung der Stelle, an die die Waren seinerzeit geliefert worden wären, sei inzwischen gewechselt worden! Ähnliche Betrügereien werden aus Liegnitz gemeldet.

-----

SPD. Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstags erstattete der Reichsaussenminister am Freitag einen Bericht über die Abrüstungsfragen und das Lausanner Abkommen. Der Reichsfinanzminister ergänzte diesen Bericht nach der finanziellen Seite hin. Beschlüsse fasste der Ausschuss nicht.

-----

SPD. In dem Beleidigungsprozess des sozialdemokratischen Führers Otto Wels gegen die schwarz-weiss-roten Redakteure Zeit von der Alldeutschen Zeitung und Kames vom Hugenberger Schnelldienst fand am Freitag ein neuer Termin statt. Die von den Verleumdern verlangte Zeugenladung des früheren Reichskanzlers Brüning wurde auf Antrag des Staatsanwaltes abgelehnt und die Verhandlung auf den 21. Dezember vertagt.

Der Verteidiger der Angeklagten, der deutschnationale Abgeordnete Everling, begründete in langen Ausführungen die Notwendigkeit, Brüning und Schleicher darüber zu vernehmen, was Otto Wels auf Wunsch Brünings in London getan und was er dort mit dem damaligen Führer der englischen Arbeiterpartei und Aussenminister Henderson besprochen habe. Schleicher solle bezeugen, dass er die Unterhaltung von Wels und Henderson als unvereinbar mit der deutschen Landesverteidigung gehalten habe. Der Staatsanwalt erklärte, diese Beweisanträge seien völlig unerheblich für den Prozess und Otto Landsberg, der Rechtsbeistand von Otto Wels, hat das Gericht, derartigen Anträgen und Behauptungen nicht die Ehre zu erweisen, ihre Richtigkeit durch Zeugenladung nachzuprüfen. Es komme allein darauf an, ob die Angeklagten ein Recht gehabt haben, Otto Wels einen Landesverräter zu nennen, weil er nach London gefahren sei, um Deutschland vor dem finanziellen Zusammenbruch zu bewahren.

Der Vorsitzende des Gerichtes verkündete nach kurzer Beratung den Gerichtsbeschluss, die Beweisanträge der Verteidigung abzulehnen. Soweit sie Behauptungen enthalten, würden diese als wahr unterstellt, sofern sie vom Zeugen Fragen beantwortet haben wollen, stellten sie Beweisermittlungsanträge vor und müssten deshalb abgelehnt werden.

-----

SPD. Die Sozialdemokratische Fraktion hat gegen den deutschnationalen Polizeipräsidenten in Magdeburg im Preussischen Landtag folgenden Urantrag eingebracht:

"Die Sozialdemokratische Partei in Magdeburg beabsichtigte vor einigen Wochen die Abhaltung einer Funktionärkonferenz, an der 250 bis 300 Funktionäre der Parteiorganisation teilnehmen sollten. Der deutschnationale Polizeipräsident von Magdeburg Freiherr von Nordenflucht hat die Abhaltung dieser Konferenz untersagt mit der Begründung, dass bei dem Zusammenkommen so vieler Menschen der Charakter der öffentlichen Veranstaltung nach den Bestimmungen der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung des inneren Friedens schon gegeben ist.

Derselbe Polizeipräsident, der hier unter Missbrauch des Burgfriedens und unter Anführung von Scheingründen die Abhaltung einer Mitgliederversammlung der Sozialdemokratischen Partei untersagte, hat die Genehmigung für die Abhaltung einer nationalsozialistischen Kundgebung am Sonntag, dem 18. Dezember in Magdeburg erteilt, an der nach dem verfügbaren Versammlungsraum zu urteilen, mindestens 8 000 Menschen teilnehmen können. Es ist aber nicht nur die Abhaltung der Kundgebung in geschlossenen Räumen in der Stadthalle und im Schützenhaus vorgesehen, sondern es wurde auch noch ein Aufmarsch unter freiem Himmel auf dem Ehrenhof der Stadthalle genehmigt.

Gegen das durch nichts gerechtfertigte Verbot der sozialdemokratischen Funktionärkonferenz, wie auch gegen die unterschiedliche Behandlung der Veranstaltungen der Sozialdemokratischen Partei und der Nationalsozialistischen Partei durch den Polizeipräsidenten in Magdeburg erheben wir den allerschärfsten Protest. Wir beantragen: Der Landtag wolle beschliessen: Die Staats- und Polizeiorgane in Preussen haben für eine loyale und gleichmässige Durchführung der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung des inneren Friedens vom 2.11. und 18.11.1932 Sorge zu tragen und jede missbräuchliche Anwendung und Auslegung zu unterlassen."

SPD. Im Hitler-Lager gärt es in allen Ecken. In dem Bergischen Hitlerort Hunsheim war am vergangenen Sonntag bei Hitlers Kirchgang angeordnet. Aber ausser dem Sturmführer war niemand angetreten. Der Grund: die Ernennung von Ley zum Nachfolger Strassers. Ley's "Qualitäten" sind im Rheinland und in Westfalen zu gut bekannt. Ley war zuletzt in Köln tätig. Bitterbörs sieht es auch in Münster aus, wo ein besonderer Kommissar aus München erscheinen und den Brandherd löschen soll.

Nichts anderes bezweckt der von Hitler am Donnerstag "verordnete" grosse Führerschub. Die Nazipresse gibt ihn am Freitag bekannt und bezeichnet ihn auf Anweisung von München als die ersten besonderen Anordnungen des Führers für den Neuaufbau der politischen Organisation! Diese erste Notverordnung Hitlers, die zugleich erkennen lässt, dass auch Hitler mit Strassers Rückkehr nicht mehr rechnet, soll die wankenden Traghalcken des in allen Fugen krachende Braunen Hauses zu München stützen. Wer aber genau hinsieht, merkt, dass der Oberosaf vor allem seinem eigenen Thron neue Pfeiler einfügt. Seine Günstlinge und die auf Gedeih und Verderb mit ihm verbundenen persönlichen Freunde, à la Ley, erhalten erhöhte Vollmachten. Die gesamte politische Leitung wird in einer "Zentrale" zusammengefasst, ohne die weder in der Partei noch in einem Parlament ein Spatz vom Himmel fallen kann. An die Spitze dieser Zentrale ist Hitlers Privatsekretär Hess gestellt. Jeder Antrag einer Landtagsfraktion bedarf der Genehmigung von Hitler-Hess.

Die Wirtschaftspolitische Abteilung, bisher Gregor Strasser, dem "Sozialisten" unterstellt, ist aufgelöst. Wirtschaftsberater von Hitler und der Partei wird der frühere Wirtschaftsredakteur der - "Berliner Börsenzeitung", eines der übelsten deutschnationalen und schwer-kapitalistischen Scharfmacherblätter. Schliesslich muss, um den künftigen Kurs noch deutlicher zu machen, die Beteiligung an Streiks und Aussperrungen von der Zentrale genehmigt werden.

Das ist die erste Hitlersche Notverordnung: Verbot von Streikbeteiligung und Einsetzung von Kommissaren. Papen II: Das ist "der Führer" und der neue Kurs.

-----

SPD. Paris, 16. Dezember (Eig. Drahtb.)  
Chautemps hat den Auftrag zur Neubildung der Regierung am Freitag abend zurückgegeben. Sein Versuch, zwischen der These Herriots und dem Beschluss der Kammer in der Schuldenfrage eine Vermittlung zustandezubringen, um Herriot für sein Kabinett als Aussenminister zu gewinnen, ist gescheitert. Alle Fraktionen der Kammer beharren auf ihrem Standpunkt in der Schuldenfrage. Angesichts dieser parlamentarischen Lage dürfte der Präsident der Republik nunmehr gezwungen sein, eine Persönlichkeit mit der Kabinettsbildung zu beauftragen, die die von der Kammer eingenommene Haltung in der Schuldenfrage billigt.

-----

SPD. Auf der Tagesordnung der Freitag-Sitzung des Preussischen Landtags, der letzten im alten Jahre, standen kulturpolitische Anträge, hauptsächlich der Nazis. Sie verlangen Repressalien gegen Tschechen in Deutschland als Antwort auf die Verurteilung von Nationalsozialisten in der Techechoslowakei und Erleichterung der Einbürgerung aller Deutschstämmigen.

Die Begründung dieser Anträge nahm der Fraktionsführer Kube zum Anlass, die politischen Schmerzen der Nationalsozialisten auszustöhnen. Schleichers Kameradschaftsgefühl sei zeitlich beschränkt. Darum wollen sich die Nationalsozialisten mit ihm angeblich nicht weiter einlassen - sie möchten selber



regieren. Mit den Deutschnationalen sind sie böse, weil die ihre neueste Koalitionseinladung abgelehnt haben. Jetzt werfen sie ihnen vor, dass sie trotz ihrer vielgerühmten Tradition Preussen verkauft und preisgegeben haben. Dem Zentrum grössen sie, weil es eine Preussenkoalition nur schliessen will, wenn gleichzeitig eine solche im Reich zustandekommt. So haben die Nationalsozialisten vielen Ärger; aber sie sind trotzdem - wenigstens versichert es Herr Kube - gesund und kräftig.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Möller-Halle knüpfte an die Versicherungen Kubes die Frage, woher denn der viele "Krankheitsurlaub" in der NSDAP komme? Möller bat die Nationalsozialisten, doch nähere Auskunft über ihre verschiedenen Koalitionsversuche und über ihre inneren Schwierigkeiten zu geben, weil man sonst zur Information immer wieder die "Schwarze Front" Otto Strassers kaufen müsse. Zu den Kulturträgen führte Möller aus, dass die Nationalsozialisten die letzten wären, die ein Recht hätten, sich über kulturwidriges Vorgehen der Tschechoslowakei gegen Deutsche zu beschweren. Sie, die Urheber von Mord, Totschlag und jeder Art von Barbarei in Deutschland, sie, die Verräter von Südtirol seien dazu kulturell und sittlich nicht berufen.

Im Verlauf dieser scharfen Abrechnung wurde es im Hause sehr lebhaft. Die Nazis protestierten in einer Form, der man nicht nur ihre politische Enttäuschung, sondern auch den vollzogenen Genuss von 4½ Hektoliter Bier bei ihrer Weihnachtsfeier am Donnerstag anmerkte. Der neuernannte "Kommissar West", der Vizepräsident Lohse, sass hilflos und offenbar auch von den Anstrengungen des Vorabends geschwächt auf dem Präsidentenstuhl. Er hatte nur vorher das Haus gewaltig erheitert, als er den Sozialdemokraten Möller durch die Bemerkung unterbrach, der Koalitionsbriefwechsel zwischen Nationalsozialisten und Deutschnationalen gehöre doch nicht zur deutschen Kultur. Schliesslich beruhigten sich die nationalsozialistischen Gemüter, und Möller konnte seine Rede ungestört beenden. Er rechnete scharf mit der Brachtschen Zwickelverordnung ab und betonte, dass die Badepolizeiverordnungen eine Schande sind für das deutsche Volk, das von der regierenden Reaktion nicht nur unterdrückt und missachtet, sondern auch noch mit Albernheiten schikaniert werde.

In der weiteren Debatte distanzierte sich das Zentrum im Gegensatz zu seiner Haltung im Hauptausschuss sehr energisch von den nationalsozialistischen Kulturkämpfern.

Die Aussprache wandte sich dann den Gebieten des Theaters und Rundfunks zu. Hier haben die Nazis einen Vorstoss gegen Ausländer und "Fremdstämmige" unternommen. Der Sozialdemokrat Otto Meier konnte darauf mit Zahlen dienen, die klarstellen, dass mindestens zehnmal soviel deutsche Künstler und Musiker im Ausland ihr Brot verdienen müssen, als Ausländer in Deutschland beschäftigt sind. An einer Fülle ergötzlicher Beispiele zeigte er den Nazis, wie oft sie Künstler und Schriftsteller verherrlicht haben, ohne dass ihre Instinktsicherheit ihnen verriet, dass es sich um "Judenstämmliche" handelte; nachher sind sie dann abgerückt. Als Nationalsozialisten besonderer Art zeichnete Otto Meier den Rundfunkdiktator Scholz. Er hat der Arbeiterklasse den deutschen Rundfunk völlig versperret und das Rundfunkniveau unerträglich herabgedrückt. Er hat die erfahrenen Rundfunkleiter hinausgeworfen und sie durch rundfunkfremde Bürokraten ersetzt. Er hat den deutschen Rundfunk Nichtswissern und Nichtskönnern ausgeliefert. Den Kampf gegen den autoritären Reaktionsstaat proklamierte Meier zugleich als Kampf um das Kulturniveau des deutschen Rundfunks.

Die Abstimmungen wurden auf die Januartagung verschoben, die am 17. Januar beginnt.

-----

SPD. Im "Berliner Tageblatt"  
wird über die gestrige vertrauliche  
Sitzung des Auswärtigen Ausschusses  
u.a. folgendes berichtet:

"Den Nationalsozialisten begegnete in der Debatte das bei ihnen stets wiederkehrende Malheur, dass ihnen die widerspruchsvollste Stellungnahme zu ein und derselben Frage nachgewiesen werden konnte. Sie griffen nämlich jetzt die Lausanner Reparationslösung vorbehaltlos an, mussten sich aber im Ausschuss sagen lassen, dass sie die gleiche Lösung im Sommer als das "kleinere Übel" gegenüber dem Young-Plan willkommen geheißen hatten, damals nämlich, als sie das Kabinett Papen mit noch freundlicheren Augen als nach dem 13. August betrachteten."

-----

SPD. Der Reichstagspräsident hat den Ältestenrat des Reichstags auf Montag, den 19. Dezember, nachmittags 4 Uhr, einberufen. Der Ältestenrat wird sich mit der Frage des Wiederzusammentritts des Reichstags beschäftigen.

-----

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.



## Preussischer Landtag.

Freitag, den 16. Dezember 1932, mittags 1 Uhr.

SPD.

SPD. Auf der Tagesordnung stehen die Anträge zu Kulturfragen (mit Ausnahme von Schule und Kirche), insbesondere die Bracht'sche Bade-Polizeiverordnung und Uranträge der Nationalsozialisten auf erleichterte Einbürgerung Deutschstämmiger und Vergeltungsmassnahmen gegen die Tschechoslowakei für die Verfolgung deutscher Nationalsozialisten.

Abg. Kube (Nat. Soz.): Wir lehnen den marxistischen Glaubenssatz von der Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt, ab. Unser Sozialismus heisst Gerechtigkeit für alle Deutschblütigen. Auch die 30 Millionen Deutsche ausserhalb der Reichsgrenzen sind für uns ohne weiteres Reichsbürger. Wir verlangen für alle Deutschblütigen ohne weiteres die Verleihung der Reichsbürgerschaft. Wenn wir hier Preussen das Einbürgerungsrecht nehmen wollen, so werden wir auf der anderen Seite nie und nimmer zugeben, dass Preussen zum Reichsland herabgedrückt wird. Wir wundern uns ausserordentlich, dass die deutschnationalen Hauptvertreter der preussischen Tradition Preussens Eigenstaatlichkeit aus politischen Nützlichkeitsbetrachtungen so leicht hin aufgeben. Herrn Schleichers gestrige Rundfunkrede enthielt nur einen vernünftigen Satz, dass er bald verschwinden möchte. Offenbar ist er mit seinen Nerven nicht mehr so in Ordnung wie damals, als er Brüning torpedierte. (Heiterkeit und Beifall bei den Nat. Soz.) Auf Schleichers Kameradschaft auf Zeit fallen wir bestimmt nicht herein. Er hat mir einmal erzählt, er habe Noske im Amt gelassen, weil der als alter Chef der Reichswehr noch heute Sympathien in bestimmten Offizierskreisen hätte. Wahrscheinlich bei den Herrn Adjutanten und den Offizieren vom Büro, die sich damals mit Noskes Hilfe auf den Boden der Tatsachen fänden. Für uns spielen solche Sentimentalitäten keine Rolle, für uns ist Noske ein Novemberverbrecher wie alle Sozialdemokraten. (Hört, hört! bei den Komm.) Aber in Wahrheit hat ihn Herr Schleicher ja nur gelassen, weil er sowieso an der Altersgrenze steht. Dafür machen die Deutschnationalen jetzt nach Art des Herrn Kickhöffel personalpolitische Eroberungen. (Heiterkeit) Wir fordern trotz der Reichskommissare die Bildung einer neuen Regierung. Wir haben nicht den Kampf um Preussen gekämpft, um es jetzt den Reichskommissaren zu überlassen. Sobald wir die Macht in Preussen haben, werden wir die Henkersknechte der nationalen Jugend ausrotten, die sich an der Breslauer Universität austoben. Wir werden eine aktive Aussenpolitik für alle Deutschstämmigen beginnen und mit dem nationalen Revolutionismus (Heiterkeit links) dem Bolschewismus endgültig den Weg nach Deutschland versperren. (Lebhafter Beifall bei den Nat. Soz.)

Abg. Möller-Halle (Soz.):

Die vielen Liebenswürdigkeiten, die Herr Kube dem Reichskanzler von Schleicher, den Deutschnationalen und dem Zentrum hat spenden müssen, haben ihn leider verhindert, uns auch etwas Näheres über die inneren Vorgänge in der NSDAP mitzuteilen. (Heiterkeit links.) Er hat erklärt, die NSDAP fühle sich gesund und kräftig. Ja woher kommen dann die Krankheitsurlaube? (Grosse Heiterkeit links) Und wo waren die Beweise der Kraft im Reichstag, den die Nationalsozialisten auf unbestimmte Zeit vertagt haben, ohne eine Abstimmung gegen Schleicher zu wagen; ich nehme an, dass sie nach der heutigen Kuberede das schleunigst nachholen werden. (Ein Naziabgeordneter ruft: Bestimmt! Jawohl! - Stürmische Heiterkeit.) Ich nehme von dieser nicht authentischen Erklärung Kenntnis und warte die offizielle Bestätigung ab. Aber ich bitte die Herren Nationalsozialisten wirklich, uns selbst zu informieren, und uns nicht länger zu zwingen, der Schwarzen Front eine Massenaufgabe zu verschaffen. Der Ton der Kuberede hat mich heute ein wenig an die Klagelieder Jeremia erinnert; nach der schroffen Absage Hugenbergs kann ich ihnen das nach-

fühlen. (Andauernde grosse Heiterkeit) Schade, dass Herr Kube den Briefwechsel zwischen Kerrl und Winterfeldt über die neue Preussenkoalition nicht vorgelesen hat. (Vizepräsident Lohse: Dieser Briefwechsel gehört doch aber wirklich nicht zur Kultur. - Schallende Heiterkeit im ganzen Hause.) Wie steht es jetzt eigentlich zwischen Deutschnationalen und Nationalsozialisten? Kehren sie wieder zu den Zurufen der Frau von Watter oder zu denen an den Abgeordneten Steuer zurück? (Zuruf links: Ausgesteuert! - Erneute Heiterkeit) Dem Reichskanzler von Schleicher hat Herr Kube unter anderem vorgeworfen, er habe die Losung der Siedlung - Bauerndorf an Bauerndorf von der Ostgrenze bis zur Elbe - einem seiner Artikel entliehen. Wir stehen gegen Herrn von Schleicher; aber geistige Anleihen bei Kube, nein, das trauen wir ihm nicht zu, das wäre zu hart. (Grosse Heiterkeit) Im übrigen stammt diese Formulierung weder von Schleicher noch von Kube, sondern von Friedrich Naumann. Und der "marxistische Glaubenssatz" von der Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt, hat Johann Gottlieb Fichte zum Vater. (Erneute Heiterkeit) Uebrigens gehört wirklich in allen diesen Beziehungen die Kuberedede nicht zur Kultur.

Die Bade-Polizeiverordnung ist trotz aller Proteste am 1. November in Kraft getreten. Herr Oberregierungsrat Kerstien lässt nicht vom Zwickel. Mit echtem Zeloteneifer hat er sich auf den dreieckigen Stoffteil im Schritt gestürzt, und da seinerzeit der grosse Kurfürst die Pluderhosen verboten hat, will er ihm wenigstens in seiner Bemühung um die Badehosen gleichzukommen suchen. Wir würden Herrn Bracht empfehlen, Badehosen überhaupt nur mit besonderer Konzession zuzulassen; nur dann hat er die Sicherheit, dass sie auch vorschriftsmässig sind. Wir empfinden es als der deutschen Kultur unwürdig, dass Millionen Hunger leiden, dass Löhne und soziale Unterstützungen ständig weiter gekürzt werden. Wir empfinden es aber auch als unwürdig und beleidigend für das deutsche Volk, dass man ihm die Sittlichkeit nach Zentimetern zumesse möchte. Die Badepolizeiverordnung bestimmt, dass Brust und Leib an der Vorderseite des Körpers der weiblichen Badenden voll bedeckt sein müssen. Gibts für Herrn Kerstien denn auch Brust und Leib an der Hinterseite? (Zuruf bei den Komm.: Röhm fragen!) Ich kann darüber ruhig sprechen; ich bin ja Sozialdemokrat und nicht Nationalsozialist. (Heiterkeit) Wir empfinden den Zwickel-Erlass wirklich nicht als lächerlich, sondern schämen uns für das deutsche Volk, dass die jetzt triumphierende Reaktion es auch mit solchen Albernheiten schikanieren kann. (Liebhafte Zustimmung links.)

Zur Frage der Auslandsdeutschen: Wir verurteilen jegliche Unterdrückung nationaler oder sonstiger Minderheiten. Aber die Nationalsozialisten, die selbst die wüteste Ausländer- und Judenhetze treiben, die selbst Roheit und Blutvergossen in Deutschland verbreitet haben, haben kein Recht zur Klage. (Sehr wahr! bei den Soz. - Lärm bei den Nat. Soz.) Soviel Mord und Brutalität im politischen Kampf wie jetzt hat es in Deutschland vor dem Auftreten der Nationalsozialisten niemals gegeben. Ihnen fehlt das Kulturniveau, ihnen fehlt die sittliche Reife, um Recht und Freiheit für die Auslandsdeutschen zu erstreiten. Und warum haben Sie in Ihren Anträgen Südtirol wieder einmal völlig vergessen? Spielen Sie immer weiter den Judas Ischariot am deutschen Volke in Südtirol? (Grosser Lärm und wilde Beschimpfungen bei den Nat. Soz.) Leugnen Sie doch nicht! Das Wort Adolf Hitlers, dass bei Südtirol alle Spiesser sich regen, steht doch einmal fest. Vor mir liegt die Erklärung der Deutschvölkischen Arbeitsgemeinschaft für Südtirol, in der es heisst: "Die zynisch-fréche Art, in der Herr Hitler und seine Partei über die Leiden Südtirols hinweggehen, hat uns mit bitterem Schmerz und tiefster Empörung erfüllt. Es mangelt ihm auch die bescheidenste Sachkenntnis, um überhaupt über Südtirol sprechen zu können." Es bleibt dabei, dass Sie aus Rücksicht auf den Faschismus Südtirol preisgegeben haben, und damit ist Ihre ganze Auslandsdeutschenbegeisterung als Scheinheiligkeit erwiesen. Aber es hat uns wenig-

stens amüsiert, dass Sie zur Abhilfe der Bedrückung der Deutschen in der Tschechoslowakei eine Beschwerde an den Völkerbund empfehlen. (Heiterkeit) Im übrigen werden Ihre Schwätzereien und Drohungen das arbeitende Volk nicht hindern, mit der faschistischen Gefahr noch gründlicher aufzuräumen als schon geschehen. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Kasper (Komm) liest frühere Artikel des Abg. Kube vor, in denen er den General von Schleicher verherrlicht und das Zentrum wüst beschimpft.

Abg. Graf Gahlen (Ztr): Die Badepolizeiverordnung war sicherlich unglücklich formuliert. Aber Ausschreitungen auf diesem Gebiet hat in der Tendenz auch schon Minister Severing bekämpft.

Abg. Dr. Hönig (Ztr): Unsere Politik für die Auslandsdeutschen unterscheidet sich im Prinzip von der der Nationalsozialisten. Auch wir pflegen die Kultur und Volksgemeinschaft mit ihnen; aber wir verlangen auch, dass die Auslandsdeutschen ihre Pflichten gegen den Staat erfüllen, in dem sie leben.

Es folgt das Kapitel Theater und Rundfunk.

Abg. Otto Meier-Berlin (Soz):

Die Nationalsozialisten haben die Entfernung aller Ausländer und Juden von den Staatstheatern und vom Rundfunk verlangt. Neuerlich allerdings nur noch "soweit als möglich". An den deutschen Bühnen sind, soweit sie die Statistik erfasst hat, 382 Ausländer beschäftigt, darunter 88 Deutschösterreicher, 76 Deutschböhmern aus der Tschechoslowakei, 44 Schweizer und 45 Ungarn. Sie alle gehören im Sinne der deutschen Kunst zur einheitlichen deutschen Kulturgemeinschaft. Unter den Rundfunkangestellten sind  $1\frac{1}{2}$  Prozent Ausländer, meist Orchestermitglieder. Aber einige tausend deutsche Musiker verdienen sich im Ausland ihr Brot. Von den Schauspielern und Musikern in der Schweiz sind 90 Prozent Reichsdeutsche, in Deutschösterreich rund 40 Prozent, an den deutschen Theatern der Tschechoslowakei 64 Prozent, an den Theatern in Memel und Riga praktisch 100 Prozent. Die Theater in Aachen und Saarbrücken leben von den Gastspielreisen in die deutschsprachigen Bezirke des Auslandes. Das Theater in Freiburg hat in dieser Spielzeit allein 60 Gastspiele auf französischem Boden gegeben. Die Aktion der Nationalsozialisten liefe also hinaus auf schwerste Schädigung deutscher Künstler und deutscher Kunst. (Sehr wahr! links)

Und wie steht es mit dem Feldzug gegen die "Artfremden"? Die Nationalsozialisten haben im Hauptausschuss Leo Blech als Vermittler echter deutscher Musik gefeiert; sie haben Helene Mayer als echtes deutsches Mädchen gerühmt. Selbst das Berliner Nazi-Blatt hat Bruno Walter und Ferdinand Bruckner gelobt. Aber ihre "Instinktsicherheit" hat ihnen nicht verraten, dass das alles Juden sind. Selbst bei Duesterberg haben sie es ja erst zu spät gemerkt. (Heiterkeit) Uns kommt es auf den Wert der Leistung an, nicht auf die Konfession des Künstlers. Herr Kube hat den Reichspräsidenten und Reichskanzler daran erinnern zu müssen geglaubt, dass die Verfassung von Weimar für sie und für uns alle gültiges Gesetz ist. Dann sollten die Herren Nationalsozialisten auch wissen, dass Art. 138 Abs. 3 der Reichsverfassung die Frage nach dem Bekenntnis verbietet. (Sehr gut! bei den Soz.)

Der Reichsexekution gegen Preussen ist die Reichsexekution gegen den Rundfunk prompt gefolgt. Herr Scholz, der unter Severing gegen den Widerstand der Rundfunkleitung aus eigenem Antrieb die Uebertragung der Verfassungsfeier des Reichsbanners angeordnet hat, ist Nationalsozialist geworden und dann mit Zustimmung Hitlers wieder ausgetreten. Er hat in der "Deutschen Zeitung" als Reichsrundfunkkommissar verkündet, jetzt werde der Rundfunk den wahrhaft deutschen Geist widerspiegeln. Aber seit wann sind Unfähigkeit und Wirrwarr deutsch? (Sehr gut! bei den Soz.) Grässlich hat sich an dem Chamäleon Scholz das prophetische Wort des nationalistischen Schriftstellers Rehberg erfüllt, Deutschlands grösste Gefahr seien die Patrioten unzulänglichen Formats. (Heiterkeit) Auch nach Scholzens Absägung ist das Niveau des

Rundfunks traurig tief geblieben. Er bietet eine rührselig sentimentale, verkitschte deutsche Volksseele. Aber er erfüllt nicht seine kulturpolitisch gerichtete Pflicht, er verhilft nie mehr zum Gemeinschaftserlebnis. Er verbietet Löbe, zum 9. November zu sprechen, als ob man damit den 9. November aus der deutschen Geschichte austreichen könnte. Er lässt den Gründer der deutschen Sozialdemokratie Ferdinand Lassalle als ersten Nationalsozialisten feiern. Also haben auch das die Juden erfunden?! (Grosse Heiterkeit bei den Soz. - Stürmische Protestrufe bei den Nat. Soz.) Regen Sie sich nicht auf, auch unserer Ueberzeugung nach hat man Lassalle diese Unehre zu Unrecht angetan! Bruno Schönkank darf nicht mehr in der Bücherstunde, das Vorstandsmitglied des ADGB Eggert nicht über die Gewerkschaften in der Krise sprechen. Nie war der Rundfunk unter dem alten "System" so engherzig und einseitig; er war liberal und hat der Arbeiterklasse eine sehr bescheidene Parität zugestanden. Jetzt hat man ihr den Rundfunk ganz gesperrt, und dafür haben wir 18 Mal Papen und 8 Mal Gayl hören dürfen. Rundfunkfremde Bürokraten haben das Regiment angetreten, die kenntnisreichen Rundfunkpraktiker hat man hinausgeworfen. Die neuen Richtlinien sind erlassen worden, ohne die Rundfunkleiter überhaupt zu fragen. Nichtswisser und Nichtskönnner haben die Männer ersetzt, die von der Eigengesetzlichkeit des Rundfunks erfüllt waren. Ein neuer Sparkommissar schnüffelt jeden Pfennig nach, lässt aber die Gehälter der Abteilungsleiter um jährlich 6 000 Mark erhöhen. So ist der deutsche Rundfunk ein Instrument der Kulturreaktion geworden. Unser Kampf gegen die autoritäre Staatsführung, unser Freiheitskampf für das deutsche Volk ist auch ein Kampf um das Kultur-niveau des deutschen Rundfunks. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Kerff (Komm) erinnert daran, dass auch das Zentrum im Hauptausschuss mit den Nationalsozialisten gegen das "Ueberwuchern" semitischer Elemente gekämpft habe.

Damit schliesst die Debatte. Die Abstimmungen werden auf die Januartagung verschoben. Der Landtag vertagt sich bis zum 17. Januar.

-----

# Aus aller Welt

## Eremiten des Goldes.

Die Insel der Millionäre - der Plan eines Amerikaners.- Wenn sich das Geld selbständig macht...

SPD. New York, Mitte Dezember (Fig. Ber.)

Mr. Right, ein Amerikaner, Multimillionär und Menschenfeind, hatte einen der originellsten Einfälle des Jahrhunderts. Er wandte sich kürzlich an die Regierung der Republik Spanien mit der Bitte, ihm die kleine Insel Cabera, ein winziges Nest in den spanischen Balearen, für gutes amerikanisches Geld zu verkaufen. Natürlich hatte die junge spanische Republik grosses Interesse daran, zu erfahren, was denn eigentlich der schwerreiche Amerikaner auf der einsamen Insel zu tun gedächte. Mr. Right gab seine Ziele offen und rückhaltlos bekannt:

Der Mensch ist und bleibt ein Herdentier. Ueberzeugt, dass es noch mehr Millionäre geben dürfte, die die Welt aus Menschenhass meiden möchten, will Mr. Right einen Zufluchtsort für alle "armen" Millionäre schaffen. Die 5 qkm grosse Insel Cabera, die bisher nur von einigen armen Fischern bewohnt war, scheint ihm für seine Zwecke am geeignetsten zu sein. Hier will er "die Siedlung der Misanthropen" gründen: die Siedlung jener Menschenhasser, die über einige Millionen Dollar verfügen...

Die Fischer, die bisher die Insel bewohnten, sollen nach den Plänen des Amerikaners abgefunden werden. Die "Kolonisten" wollen unter sich bleiben; es sollen auf der Insel, fein säuberlich durch Drahtverhaue voneinander getrennt, 20 Einfamilienhäuser errichtet werden - ausschliesslich für Geistesverwandte des Mr. Right. Wer sich auf der Insel niederlässt, muss vorher die Statuten des hier angesiedelten Right'schen Millionärvereins durchlesen und sich verpflichten, sie zu befolgen.. Ihr Wortlaut gibt eine lebendige Vorstellung von den "Sorgen", die Millionäre im Jahre 1932 quälen.

### Die Statuten:

1. Vor Ankunft auf der Insel hat jedes Mitglied der Siedlung seine Ehe zu lösen.
2. Es ist Ehrensache eines jeden Mitgliedes, seine Nachbarn auf der Insel weder zu empfangen, noch ihnen jemals Besuche abzustatten.
3. Frauen ist der Zutritt zur Insel ausnahmslos verboten. Auch unter dem Dienstpersonal dürfen keine weiblichen Personen sein.
4. Es wird streng darauf geachtet, dass sich unter keinen Umständen Kinder auf der Insel befinden.
5. Keiner der Mitglieder der Misanthropeninsel darf irgendwelche Musikinstrumente mitbringen oder von den auf der Insel etwa vorhandenen Gebrauch machen.
6. Tiere, ob zwei- oder vierbeinige, befiederte oder bepelzte, dürfen nicht gehalten werden. Sollte einer der Kolonisten auf seinem Grundstück jemals Tiere antreffen, dann ist er verpflichtet, sie schleunigst niederzuknallen.
7. Streng verboten ist es unter allen Umständen, dass sich die einzelnen Mitglieder jemals zu Hilfe kommen. Das Verbot gilt auch im Falle höchster Gefahr.
8. Das Essen wird nicht individuell, sondern in einer Gemeinschaftsküche

zubereitet.

9. Niemals darf sich ein Mitglied der Siedlung zu einem stillen oder vernehmlichen Lachen hinreissen lassen.

10. Jedes der Mitglieder verpflichtet sich, immer ein würdiges und menschenverächtliches Gesicht zur Schau zu tragen.

11. Wer auch nur gegen eine dieser Satzungen verstösst, schliesst sich von selbst aus der Kolonie aus. Er hat sie binnen achtundvierzig Stunden zu verlassen. Sein Anteil an der Insel wird konfisziert und geht auf ein neues, würdigeres Mitglied über. Sämtliche Rechtsansprüche sind verwirkt.

+

Man sieht, die Eremiten des Goldes verlangen von ihren Gläubigen nicht wenig. Trotzdem ist Mr. Right in der Lage mitzuteilen, dass die Zahl der Aufnahmesuche menschenfeindlicher Millionäre die Aufnahmefähigkeit Caberas bereits bei weitem übersteigt. Schon befindet sich der verrückte Millionär auf der Suche nach einer zweiten Insel, um allen "Mühseligen und Beladenen" seines Geistes Hilfe bringen zu können.

L.

+ + +

### Das Brandunglück in Tokio.

---

Das Warenhaus Shirokiya eingeäschert.- 2000 Menschen in Todesnot - Der Schrecken am Altar der Göttin.

SPD. London, 16. Dez. (Eig. Drahtb.)

In Tokio kamen bei einem Warenhausbrand etwa 20 Personen in den Flammen um; über 100 Personen erlitten schwere Verletzungen. Das Warenhaus Shirokiya, die Stätte des Brandes, und seine Lager, sind fast restlos zerstört. Der Sachschaden beläuft sich auf etwa 20 Millionen Mark. Die Unglücksursache scheint in einem technischen Missgeschick zu liegen. Als ein Mechaniker in der Spielwarenabteilung an einem Weihnachtsbaum eine Glühbirne anbringen wollte, soll ein Leitungsdraht gerissen sein. Ein paar aufsprühende Funken brachten dann einige Zelluloidspielsachen, die in der Nähe lagen, zur Entzündung.

Das Feuer verbreitete sich ungemein rasch. Die Bestände des Warenhauses lieferten reichlich Nahrung. Unter Personal und Käufern - insgesamt befanden sich zurzeit des Feuerausbruchs ungefähr 2000 Menschen im Haus - brach beim Ertönen des Feueralarms eine furchtbare Panik aus. Diejenigen Angestellten und Käufer, die sich bei Ausbruch des Feuers in den oberen Stockwerken aufhielten, sahen keinerlei Möglichkeit, das Haus zu verlassen; sie flüchteten auf das Dach und drängten sich in ihrer Todesnot vor einem dort aufgestellten Altar der Göttin Kwanon zusammen. Als sie sahen, dass die Feuerwehrleute infolge der Hitze und Brandgase nur langsam zu ihnen vordringen konnten, sprangen viele von ihnen in die Tiefe. Sie erlitten fast sämtlich schwere Verletzungen. Einige versuchten sich an den Gürteln ihrer Kimonos auf die Strasse herabzulassen. Die Gürtel wurden von der Hitze versengt und rissen... Die 40 Kellnerinnen des im siebenten Stockwerk gelegenen Restaurants kamen auf die Idee, derartige Gürtel zu einer dichten Kette zu schlingen: auf diese Weise konnten sie sich retten.

Unten war die Not nicht geringer: an den grossen Eingangstoren ballten sich dichte Menschenknäuel, aus denen sich nur gelegentlich einzelne Personen flüchten konnten. Viele Menschen, insbesondere auch Kinder, wurden niedergetreten. In die gellenden Hilfeschreie mischte sich in grauenerregender Weise das Gebrüll der Insassen der auf dem Warenhausdach untergebrachten Raubtiermenagerie.

15 Feuerwehbrigaden versuchten das Feuer zu löschen. Die Bekämpfung



des Brandes stiess auf zahlreiche Schwierigkeiten. Ungenügender Wasserdruck verhinderte die Wasserabgabe nach den oberen Stockwerken. Ausserdem hatte die Feuerwehr nicht genügend Leitern zur Verfügung. Wichtige Hilfsdienste leisteten indes mehrere an die Brandstelle geschickte Militärflugzeuge. Die Piloten kreisten in geringer Höhe über dem brennenden Gebäude und warfen den Feuerwehrlenten, die sich mit Gasmasken einen Weg bis auf das Dach gebahnt hatten, Seile und Schaumlöschgeräte zu. Nach mehrstündigem Bemühen gelang es der Feuerwehr, den Brand auf seinen Herd zu beschränken.

+ + +

Die Bestrahlungsanträge. Nach mehrwöchentlicher Verhandlung wurde im Magdeburger Prozess gegen die Inhaber der umstrittenen Krebs-Bestrahlungsinstitute die Beweisaufnahme geschlossen. Der Staatsanwalt beantragte, die Hauptangeklagte Frau König wegen Betruges in zwei Fällen zu einem Jahr und sieben Monaten Gefängnis und zu 5 000 Mark Geldstrafe zu verurteilen; die Mitangeklagte Frau Seiferth wegen fortgesetzten Betruges zu 3 Jahren Gefängnis und 2 000 Mark Geldstrafe; den Mitangeklagten Dr. Schröder wegen Betruges in drei Fällen zu 2 Jahren Gefängnis und 1 000 Mark Geldstrafe. Ausserdem soll gegen sämtliche Angeklagte auf je 5 Jahre Ehrverlust erkannt werden.

Nach der Meinung des Staatsanwaltes ist es der Angeklagten Frau König nur aufs Geldverdienen, nicht aber auf Heilerfolge angekommen. Ihre "Wunderlampe" sei wirkungslos gewesen. Ausserdem warf der Vertreter der Anklage Frau König mangelhafte medizinische Kenntnisse, Mangel an Hygiene in ihren Instituten, Beschäftigung ungenügend vorgebildeter Aerzte und marktschreierische Reklame vor. Die Schuld der Mitangeklagten liegt nach der Meinung des Staatsanwaltes in derselben Richtung.

Die Verteidiger verlangten den Freispruch ihrer Mandanten. Sie bezogen sich teilweise auf die Ausführungen einiger Sachverständiger. Mehrere von ihnen hatten die Bekämpfung und Heilung des Krebses ohne chirurgischen Eingriff mit Hilfe von Radium und Röntgenbestrahlung für zulässig erklärt. So hatte der aus dem Calmette-Prozess bekannte Berliner Arzt Dr. Genter die Ansicht vertreten, dass die mikroskopisch als Krebs festgestellte Erkrankung nur der lokale Ausfluss einer allgemeinen Erkrankung des Körpers sei, die den menschlichen Organismus schon vor kürzerer oder längerer Zeit befallen habe. Operationen hätten nur zweifelhafte Erfolge; man müsse die Funktionsstörungen abstellen. Prinzipiell vertrat eine ähnliche Meinung auch Dr. Wetterer, der Präsident des Krebsforschungsinstituts. Immerhin brachte er die Schwierigkeit, einen Krebs völlig auszuheilen, in den Worten zum Ausdruck: "Ist es nicht leichter, ein Atom zu zertrümmern als mit einer noch so starken Dosis Radium eine einzige Krebszelle zu zerstören?" Dieser Sachverständige war davon überzeugt, dass die Strahlen der Frau König zum mindesten niemandem geschadet haben.

Unter denjenigen Sachverständigen, die restlos gegen die König-Institute aussagten, waren die Aerzte Professor Bauereisen (gelegentliche Erfolge führte er auf operative Eingriffe zurück), Professor Wendel, der es als unmoralisch bezeichnet, dass "Heilversprechen" gegeben worden seien, und Direktor Fürst. Direktor Fürst erklärte, dass es geradezu "ein Verbrechen" sei, Krebs einer Behandlung durch Wärmestrahlen auszusetzen.

+ + +

Johnsons Bestattung. Am Freitag mittag wurde in Stockelsdorf bei Lübeck der an den Folgen einer Blinddarmoperation in New-York verstorbene Kapitän der "Europa" Commodore Johnson bestattet. Vertreter der Hansastädte, Delegierte der grossen Reedereien und viele Seeleute nahmen an der Trauerfeierlichkeit teil.

# Wirtschaft Technik Gardel

Schleicher=Margarine.

Der soziale General in falscher Front.

SPD. In seiner Rundfunkrede bezeichnete sich der Reichskanzler von Schleicher als "sozialen General". Dieser "soziale General" will aber - er teilte das im selben Atemzug mit - die Preise für wichtige Nahrungsmittel erhöhen. Der General will sein strategisches Wissen und Können, wie er am Donnerstag dem deutschen Volke sagte, dahin verwenden, dem Preisdruck des Auslandes auf unsere Vieh- und Milchwirtschaft entgegenzutreten. Das sind Projekte, die von Leuten ausgeheckt sind, die man in Deutschland nicht als sozialdenkend betrachtet. Was will Schleicher eigentlich? Er will nach Ablauf der Handelsverträge im kommenden Jahre von der Zollautonomie in erforderlichem Mass Gebrauch machen, um auf diese Weise die Lebensmittelpreise zu erhöhen und die Lebensmittel verteuern. Das ist nicht nur schlechte Strategie, sondern das ist auch, Herr General, höchst unsozial.

Für die von Schleicher angekündigte Aktion liegt ein Programm vor, das im Reichslandwirtschaftsministerium ausgearbeitet worden ist. Das Kabinett hat dieses Programm bereits eingehend erörtert. Der gegenwärtige Reichslandwirtschaftsminister kann nach diesem Programm auch anders. Er ist Mitglied des Kabinetts geblieben und hat sich dazu bequemt, den Kontingentierungsrummel mit seinen fürchterlichen Folgen für die deutsche Wirtschaft nicht zu wiederholen. Im übrigen hält man an den alten unsinnigen Rezepten fest. So soll der Margarineindustrie ein Beimischungszwang auferlegt werden. Weil die deutsche Butter für Millionen von Deutschen zu teuer ist, sodass sie nicht gekauft werden kann, will man sie jetzt mit Margarine vermischen. Das ganze firmiert man Hebung des Butterabsatzes. Damit die Margarineindustrie, die zu 70 bis 80 % vertraut ist, keine Schwierigkeiten macht, will man die Margarineerzeugung kontingentierung. Danach wäre die Eröffnung neuer Margarinefabriken unmöglich. Es könnten keine Aussenseiter aufkommen, die die Margarine billiger anbieten. Wir hätten also eine Preistreiberei grössten Stils und unter gesetzlichem Schutz.

Der Plan ist nicht neu. Er entstammt dem Ideenschatz der Agrarier und der Nazis. Das man mit diesem Plan die landwirtschaftliche Rentabilität nicht verbessern kann, das haben Fachleute aus der Landwirtschaft noch in den letzten Tagen festgestellt. Durch den Beimischungszwang könnte man schliesslich dahin kommen, mehr deutsche Rohstoffe für die Margarineherstellung heranzuziehen. Ob die Margarine aber dadurch besser wird, das ist schon zweifelhaft. Billiger wird sie auf keinen Fall. Die billigste Margarinesorte kostet heute im Grosshandel etwa 26 Mark pro Zentner, die geringste Buttersorte aber 97 Mark. Wenn die Regierung Schleicher z.B. einen 10%igen Beimischungszwang verfügt, dann muss sich der Preis der billigsten Margarine um 25 %, also auf 33 Mark erhöhen. Margarine ist nun das Fett des armen Mannes und wenn man diese Fettquelle zugunsten einer mächtigen Interessentengruppe verteuert, dann ist das nicht sozial, Herr General.

Unsinnig ist es aber zu glauben, durch solche Albernheiten den Absatz von deutscher Butter zu fördern. Durch derartige Kunstgriffe wird kein Gramm Butter mehr gegessen. Wohin muss die Verteuierung der Margarine führen? Die

Verbraucher werden entweder noch weniger Fett essen oder sie müssen den Verbrauch anderer Nahrungsmittel einschränken. Eine andere Möglichkeit gibt es doch nicht. Sicher wird die Landwirtschaft infolge des Beimischungszwanges mehr Butter an die Margarinefabriken liefern; diese Butter wird aber anderswo ganz bestimmt nicht abgesetzt oder der Absatz anderer landwirtschaftlicher Artikel geht zurück. Das ist strategisch so klar, dass man sich nur wundern muss, wie sehr gegen die Regeln des Absatzes, des Marktes und der Kaufkraft immer wieder gesündigt wird. Falsche Taktik muss aber zur Niederlage führen. Verteuert man das billige Fett, dann behelfen sich die Konsumenten mit den besseren Margarinesorten und verzichten auf die Butter völlig. Die Landwirtschaft käme vom Regen in die Traufe. Wir glauben ganz bestimmt, dass die Landwirtschaft an der Schleicher-Margarine keine Freude erleben wird.

-----

SPD. Die Nazis haben im Haushaltsausschuss des Reichstages einen "Entschliessungsantrag über eine sozialere Umgestaltung der Notverordnung vom 4. September" eingebracht. Dieser Antrag enthält das "Rettungsprogramm" Hitlers, von dem die Nazis in den letzten Wochen soviel geredet haben, ohne der Öffentlichkeit die Möglichkeit zu geben, dies berühmte Programm näher kennen zu lernen.

Die "sozialere Umgestaltung" beginnt damit, dass die Milliardengeschenke an die Besitzenden, die jetzt in Form von Steuergutscheinen ausgegeben werden, in voller Höhe beibehalten werden. Sie bekommen nur den schönen Namen "Arbeitswechsel". Diese "Arbeitswechsel" erhalten eine Art sozialen Anstrich durch die Forderung, Arbeitslosen und Sozialrentnern auf Antrag "Bekleidungsbezugscheine" zu gewähren, die ebenfalls gegen Arbeitswechsel einlösbar sind.

Das abenteuerliche Finanzsystem der Regierung Papen und Schleicher, das die zukünftigen Staatshaushalte aufs schwerste vorbelastet, wird nach diesem Rettungsprogramm noch dadurch verschärft, dass auch die Unterstützungen an Hilfsbedürftige auf Kredit und Pump genommen werden sollen. Hitler macht also schon jetzt kein Geheimnis daraus, dass, wenn er zur Macht kommen sollte, er sich den Wahlspruch aller regierenden Bankrotteure zueigen machen würde: Nach uns die Sintflut!

In Wirklichkeit aber würde die Sintflut schon mit Hitler kommen. Denn das Naziprogramm verbindet die Abenteuerpolitik der "Arbeitswechsel" mit einem offenen Inflationsplan: Die Arbeitswechsel, die offenbar in ziemlich unbegrenzter Milliardenhöhe geschaffen werden sollen, bekommen nämlich den Charakter von gesetzlichen Zahlungsmitteln. Man muss diesen Vorschlag wörtlich geniessen:

"Jedes in der deutschen Produktion und deren Verteilungsapparat vorkommende (Wotan verhülle dein Haupt! Red.) Unternehmen ist verpflichtet, bis zu einem bestimmten Hundertsatz jedes Warenrechnungsbetrages, der sich auf eine Lieferung an ein anderes Unternehmen erstreckt, in Arbeitswechseln in Zahlung zu nehmen."

Der Stil dieses Satzes nimmt in jeder Beziehung die Konkurrenz mit seinem Inhalt auf. Ins Deutsche übersetzt besagt der Satz, dass alle Unternehmen verpflichtet sind, die Arbeitswechsel bis zu einem bestimmten Betrag als Zahlungsmittel anzunehmen. Da hätten wir also die berüchtigte Binnenwährung, durch die der Geldumlauf um Milliarden erhöht werden soll. Wenn das nicht Inflation ist, was in aller Welt ist dann Inflation?

Man möchte über den ganzen Unsinn lachen und ihn als Fastnachtsscherz beiseitelegen, wenn nicht Millionen von Menschen in Deutschland diesem Gemisch von Scharlatanerie, Demagogie, Ignoranz und Rowdytum nachliefen.

-----

SPD. Der Reichsbund Deutscher Mieter beschäftigt sich in der "Allgemeinen Deutschen Mieterzeitung" mit den Mietszahlungstreiks, die er ablehnt und als "Kampfmittel der unorganisierten Mieter" bezeichnet.

Mietszahlungstreiks haben wir in letzter Zeit in Berlin, Hamburg, München, Breslau und Waldenburg erlebt. Gewöhnlich handelt es sich darum, überhöhte Mieten zu senken, aufgelaufene Mietrückstände zu streichen und notwendige Instandsetzungsarbeiten zu erzwingen. Es ist nun keine Kunst, eine verelendete Mieterschaft durch solche Forderungen zu einem spontanen Beschluss zu verleiten, die Miete nicht zu zahlen. Der Reichsbund Deutscher Mieter hat aber schon recht, wenn er bemerkt, "dass es schon schwerer ist, die Durchführung solcher Beschlüsse gegen den Erlass eines Zahlungsbefehls oder gegen die Drohung mit der Räumungsklage zu erreichen, und dass es unmöglich ist, die Mieter vor den nachteiligen Folgen der Zahlungsverweigerung (Zahlung der Gerichtskosten, Exmission usw.) zu schützen.

"Wir haben", so schreibt die Allgemeine Deutsche Mieterzeitung, "gewiss kein Mitleid mit Wucherern und pflichtvergessenen Hausbesitzern, wenn sich die Empörung der Mieterschaft in Mietzahlungstreiks entlädt. Umso mehr Mitleid haben wir aber mit den armen Opfern solcher Streiks, die in den meisten Fällen aus Erbitterung dem Streikbeschluss zugestimmt haben, ohne die ihnen drohenden Gefahren zu bedenken. Wilde Mietzahlungstreiks mit unorganisierten Mietern sind das ungeeignetste Mittel, die Gesamtlage der Mieterschaft zu verbessern. Hunderttausende von Mietern können die heutigen, nicht nur nach ihrer eigenen Wirtschaftslage, sondern auch nach den Bedürfnissen der Hauswirtschaft erheblich überhöhten Mieten nicht mehr aufbringen; auch dann nicht mehr, wenn sie ihren übrigen Lebensbedarf auf das Allernotwendigste beschränken. Bei diesen Ärmsten der Armen bedarf es keiner Zahlungstreikparole; sie sind zahlungsunfähig. Mit der Parole der Nichtzahlung der Miete bringt man gerade diese hilfsbedürftigsten Mieter in die grosse Gefahr, dass sie als zahlungsunwillig (statt zahlungsunfähig) angesehen werden und damit im Falle der Räumungsklage den Anspruch auf Ersatzraum verlieren - ganz abgesehen von der Aufbürdung der Gerichtskosten, auch im Falle des Vergleichs mit dem Vermieter. Die notwendigen Instandsetzungsarbeiten lassen sich auf dem Wege über das Wohnungsamt oder das ordentliche Gericht (hier unter Inanspruchnahme des Armenrechts) mit Hilfe der Mieterorganisationen erzwingen. Manches Haus wäre besser instand, wenn sich die Mieter beizeiten darum gekümmert und sich organisiert hätten, statt die Dinge laufen zu lassen. Schlimme Fälle lassen sich auf dem Wege über das Stadtparlament oder die Tagespresse bereinigen. Ausserdem gibt es im Mietrecht Bestimmungen über die Zurückbehaltung der Miete, über die Minderung des Mietzinses (bei schlechtem Zustand der Mieträume) und über die Aufrechnung. Die richtige und zeitige Anwendung dieser zum Teil recht wirksamen Massnahmen machen einen sogenannten "Mieterstreik" völlig entbehrlich. Die falsche Mieterstreikparole verdirbt vielleicht sogar den Mietern die wirksame Geltendmachung ihrer Ansprüche auf Zurückbehaltung oder Minderung des Mietzinses. Aufgebäuschte Zeitungsnachrichten können nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Mieterstreikparole allenthalben früher oder später als wirkungslos erweist. Wo Erfolge erzielt wurden, hätten sie ohne dieses Mittel bereits früher erzielt werden können, wenn die richtigen Wege eingeschlagen worden wären. Oder es ist einmal im Wege der Einschüchterung des Vermieters mehr erreicht worden, als es vielleicht sonst der Fall gewesen wäre."

Der Reichsbund schliesst seine Darstellung mit dem Hinweis, dass die Mieterorganisationen parteipolitische Kampfparolen ablehnen müssen, was auch die "Ablehnung des Mieterstreiks" bedeutet.

SPD. Die Interessenten haben an die Reichsregierung die Forderung gestellt, den Zoll auf Gasöl um 7 Mark und auf Schmieröl um 4 Mark zu erhöhen. Nachdem man Benzine und Benzole masslos verteuert und ihren Absatz gedrosselt hat, will man durch die neue Zollerhöhung die Abwanderung im Güterverkehr von dem überteuerten Benzin auf die Verwendung von Rohölmotoren aufhalten. Dieser Plan ist ebenso unsinnig wie der andere Plan, der mit der Zollerhöhung verfolgt wird, den Verbrauch von Gasöl zu Gunsten des schlechteren Heizöls zu drosseln.

Im übrigen machen sich die Folgen des Benzinwuchers in den Reichsfinanzen stark bemerkbar. Aus der Pauschalsteuer sind im Oktober 1932 nur 14,55 Millionen Mark aufgekomen gegen 16,79 Millionen im Oktober 1931 und 18,69 Millionen im Oktober 1930. In der Zeit vom April bis Oktober 1930 machte der Ertrag der Pauschalsteuer noch 134,95 Millionen Mark aus; er sank im Jahre 1931 auf 131 Millionen Mark und im Jahre 1932 auf 113,39 Millionen.

-----

SPD. Für die Arbeitsbeschaffung durch den Bau von Kleinstheimstätten, wofür sich auch das sozialdemokratische Arbeitsbeschaffungsprogramm einsetzt, macht das Heimstättenamt der deutschen Beamtenschaft praktische Vorschläge. Das genannte Institut hat der Reichsregierung einen Plan zugeleitet, der den Bau von 100 000 Heimstätten vorsieht. 250 000 Arbeitslose könnten bei diesem Bau 6 Monate lang beschäftigt werden. Man denkt sich die Finanzierung so, dass das Reich aus den Mitteln zur Arbeitsbeschaffung 300 Millionen Mark vorstrecken soll. Dabei geht man von dem Gedanken aus, diesen Kredit sobald wie möglich abzutragen. Wenn 3000 Mark als höchstes Darlehen zur Verfügung gestellt werden und dieser Betrag in längstens 10 Jahren getilgt werden soll, dann würde der monatliche Zins- und Tilgungsbetrag 30,37 Mark betragen. Von diesem Betrag sind durchschnittlich 25 Mark Tilgung.

-----

SPD. Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin hat vor einiger Zeit Angaben über leerstehende Kleinwohnungen mitgeteilt, die ausserhalb Berlins zu der unbegreiflichen Auffassung geführt haben, in Berlin gäbe es keine Wohnungsnot mehr. Die Hausbesitzerorganisationen nützen die Mitteilungen der Stadt Berlin bereits in ihrem Sinne aus. Deshalb sieht sich der Wohnungs- und Mieterausschuss der Sozialdemokratischen Partei Bezirksverband Berlin gezwungen, die Mitteilung des Berliner Nachrichtenamts dahin zu "ergänzen", dass der Mangel an Kleinwohnungen in Berlin gerade in den letzten Jahren erheblich gestiegen ist. Trotz stärksten Wohnungsneubaus sei auch noch in Zukunft mit einem Ansteigen der Kleinwohnungsnot zu rechnen. Eine abschliessende Bewertung der Berliner Leerraumzählung könne erst dann erfolgen, wenn die Gründe festgestellt sind, weshalb die Wohnungen überhaupt leer stehen.

Nach Feststellung des Wohnungsfachmannes Gramse vom Bund Deutscher Mietervereine wurde 1929 ermittelt, dass zur Ueberwindung des Wohnungselends in Berlin für einen Zeitraum von 10 Jahren jährlich 46 000 Wohnungen gebaut werden müssen. Gebaut wurden aber im Jahre 1931 nur 14 783 Wohnungen und im Jahre vorher 20 243.

-----

Weiter schwach.

(Berliner Getreidebörse vom 16. Dez.)

SPD. Die Abschwächungen setzten sich auch am Freitag fort. Am Lieferungsmarkt nahmen die Stützungsstellen Ware nur zu einem um 1 bis 1,5 Mark niedrigeren Preis auf. Roggen konnte am Promptmarkt seinen Preis behaupten. Weizen gab um 1 Mark nach. Bei Roggen mussten die Stützungsstellen allerdings stärker eingreifen. Die Marktlage für Hafer, der stärker angeboten wurde, hat sich weiter verschlechtert. Der Mehlmarkt war leblos.

	15.12.	16.12.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	187 - 189	186 - 188
Roggen	152 - 154	152 - 154
Braugerste	166 - 176	166 - 175
Futter- und Industriergerste	158 - 165	158 - 165
Hafer	116 - 121	114 - 119
Weizenmehl	23,75 - 26,50	23,50 - 26,40
Roggenmehl	19,30 - 21,50	19,00 - 21,40
Weizenkleie	9,10 - 9,40	9,00 - 9,40
Roggenkleie	8,70 - 9,00	8,70 - 9,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember 200 - 201 (Vortag 201), März 203 $\frac{1}{2}$  - 205 (205), Mai 206 $\frac{1}{2}$  - 207 $\frac{1}{2}$  (207 $\frac{1}{2}$ ). Roggen Dezember 163 $\frac{1}{2}$  - 164 $\frac{1}{2}$  (164 $\frac{1}{2}$ ), März 166 $\frac{1}{2}$  - 167 $\frac{1}{2}$  (167), Mai 169 $\frac{1}{2}$  - 170 Geld (170 $\frac{1}{2}$ ). Hafer Dezember 120 $\frac{1}{4}$  - 120 $\frac{3}{4}$  (122 $\frac{1}{2}$ ), März - bis 124 (126), Mai - (129).

Berliner Viehmarkt.

(16. Dez.)

SPD. Das Weihnachtsgeschäft, das alljährlich um diese Zeit einsetzt, zeigte sich am Freitag vor allen in grösseren Auftrieben. Allerdings blieb das Angebot am Schweinemarkt mit nicht ganz 11 000 Tieren hinter den Erwartungen zurück. Die Verkäufer suchten die Marktlage auszunutzen, um höhere Preise durchzusetzen, stiessen aber auf äusserste Zurückhaltung der Käufer. Deshalb zogen die Schweinepreise nur in einzelnen Klassen an. Kälber- und Hammelmarkt waren genügend beschickt. Das Geschäft war ruhig und langsam. Auch am Rindermarkt, am Freitag-Hauptweihnachtsmarkt, verlief der Handel ruhig.

Notierungen. Schweine: a) über 300 Pfund - (-), b) 240 - 300 Pfd. 38-39 (38-39), c) 200 - 240 Pfd. 37 - 38 (36-38), d) 160 - 200 Pfd. 34 - 37 (34-36), e) 120 - 160 Pfd. 32 - 34 (31-33), Sauen 34 (34-35). Kühe: a) 23-25 (22-24), b) 18-21 (18-20), c) 15-17 (15-17), d) 10-14 (10-14). Kälber: a) - (-), b) 38 - 43 (38-45), c) 27 - 35 (25-35), d) 17-25 (15-23). Schafe: a) 29 (30-31), b) 18-20 (18-21), c) 23 - 26 (24-26), d) 15-22 (14-24).





## Weltfrage Arbeitszeit.

Der Kampf um internationale Arbeitszeitverkürzung. = Der Bericht des I.A.A. für die Genfer Januar-Konferenz.

SPD. Das Internationale Arbeitsamt hat auf Grund der Beschlüsse seines Verwaltungsrates die technische Vorkonferenz zur internationalen Regelung der Arbeitszeitverkürzung auf den 10. Januar 1933 nach Genf einberufen. Zu dieser Tagung sind auch Nichtmitglieder der Internationalen Arbeitsorganisation, vor allen Dingen Sowjetrussland und die Vereinigten Staaten von Nordamerika, eingeladen worden. Ihre Mitarbeit wäre nicht nur im Interesse der Sache selbst, sondern auch im Interesse der Universalität der Internationalen Arbeitsorganisation von grösster Bedeutung.

Der Januar-Konferenz liegt ein Bericht des Internationalen Arbeitsamts über Arbeitszeit und Arbeitslosigkeit vor, der umfangreiche Unterlagen über die Methoden und Erfahrungen der Arbeitszeitverkürzung in den einzelnen Ländern enthält. Der Bericht ist mit reichem statistischen Material ausgestattet und lässt bei einer unvoreingenommenen Prüfung aller Tatsachen den Schluss zu, dass eine Verkürzung der Arbeitszeit in der Tat geeignet ist, die Arbeitslosigkeit einzudämmen.

Angesichts der schlechten Erfahrungen, die die Internationale Arbeitsorganisation bisher mit ihrem Arbeitszeitübereinkommen gemacht hat - die massgeblichen Staaten haben bisher weder das Washingtoner Übereinkommen über den Achtstundentag noch das Übereinkommen über die Arbeitszeit im Handel und in den Büros noch auch das Übereinkommen über die Arbeitszeit in den Kohlenbergwerken ratifiziert - ist es verständlich, dass das Internationale Arbeitsamt in seinen Schlussfolgerungen zu dem Bericht ausserordentlich vorsichtig ist. Vor allen Dingen ist eine Reihe wichtiger Fragen, die Gegenstand des Internationalen Übereinkommens werden müssen, noch ungeklärt.

Die Arbeiterschaft hält die Vierzigstundenwoche als eine Dauermassnahme zur Bekämpfung der Arbeitszeit für das Mindeste, was erreicht werden muss. Mit Recht wird darauf hingewiesen, dass eine internationale und in den einzelnen Ländern gesetzlich festgelegte Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden wöchentlich nicht nur eine dringliche Krisenmassnahme ist, sondern auch eine besondere Notwendigkeit für die Zeit einer etwaigen wirtschaftlichen Wiederbelebung, da sonst zu befürchten wäre, dass im Falle eines wirtschaftlichen Aufstiegs die Arbeitszeit all derer, die noch in Arbeit stehen, verlängert wird, während das Heer der Arbeitslosen auch bei einem wirtschaftlichen Wiederaufstieg infolge der technischen Vervollkommnung kaum Aussicht hätte, auch unter günstigeren wirtschaftlichen Voraussetzungen wieder in den Produktionsprozess eingegliedert zu werden.

Das Internationale Arbeitsamt stellt in seinem Bericht die Grundlinien eines Übereinkommens über die Vierzigstundenwoche auf. Wie aber steht es mit der wichtigsten Frage des Lohnausgleichs? Hier liegt zweifellos die grösste Schwierigkeit; denn das Internationale Arbeitsamt weist mit Recht darauf hin, dass die Regierungen keinen unmittelbaren Einfluss auf die Lohngestaltung haben und sie sich aus diesem Grunde auch kaum zu einer inter-

nationalen Bindung auf diesem Gebiete verstehen würden. Demgegenüber hat aber die Internationale Arbeitskonferenz im April d.J. in einer Entschliessung über die Vierzigstundenwoche schon mit aller Klarheit festgestellt, dass jede durch die Arbeitszeitverkürzung entstehende Einkommensminderung abzulehnen wäre, da sie nur geeignet sei, die Krise zu verschärfen. Die Arbeitnehmergruppe der Internationalen Arbeitsorganisation wird keinen Zweifel daran lassen, dass ihre Zustimmung zur Vierzigstundenwoche von einer tragbaren Lösung dieser entscheidenden Frage abhängig ist. Das Internationale Arbeitsamt selbst weist in seinem Bericht mit Recht darauf hin, dass die Konferenz dieser Frage gegenüber nicht indifferent bleiben kann. Es schlägt daher vor, zu dieser Frage eine Empfehlung in Aussicht zu nehmen, die jede Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft im Zusammenhang mit der Einführung der Vierzigstundenwoche ablehnt.

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat auf seiner Madrider Tagung beschlossen, die Arbeitszeitfrage auf die Tagesordnung der Internationalen Arbeitskonferenz im Mai 1933 zu setzen, so dass auf Grund der Beratungsergebnisse der Technischen Vorkonferenz bei gutem Willen im nächsten Jahre das Übereinkommen über die Vierzigstundenwoche ratifiziert werden kann. Wenn allerdings manche Regierungen glauben, dass sie durch die blosser Zustimmung zu einem internationalen Übereinkommen ihrer Pflicht genügt haben, dann müssten sie durch die Arbeiterschaft belehrt werden, dass der Annahme eines Übereinkommens in Genf die Ratifizierung durch die wichtigsten Industriestaaten auf dem Fusse folgen muss. Die Ratifikation könnte zweifellos dadurch erleichtert werden, dass man eine gleichzeitige Inkraftsetzung des Übereinkommens und seiner Vorschriften in den einzelnen Ländern durch einen gemeinsamen Schritt in Aussicht nimmt.

Zweifellos sind sich alle beteiligten Kreise darüber im klaren, dass die nicht mehr aufschiebbare internationale Arbeitszeitverkürzung nicht nur als Massnahme zur Ueberwindung der Krise, sondern zur künftigen Gestaltung einer gesunden sozialen Ordnung unentbehrlich ist, und dass an ihrer baldigen Durchführung nicht nur das Schicksal der Millionen Arbeitslosen hängt, sondern das Schicksal der Internationalen Arbeitsorganisation selbst.

-----

SPD. Die Werbeaktion des Gesamtverbandes, die im Oktober einsetzte, brachte in allen Bezirken schöne Erfolge. Nach den Berichten aus etwa 450 Ortsverwaltungen von insgesamt 920 sind als Ergebnis der bisherigen Werbetätigkeit rund 6 000 Neuaufnahmen zu verzeichnen. Ebenso ist es gelungen - vor allem durch die Hausagitation - Tausende von Mitgliedern, die in ihrer Beitragsleistung säumig geworden waren, zur Aufrechterhaltung ihrer Mitgliedschaft zu bewegen. Ueberall im Reich ist, von wenigen Ausnahmen abgesehen, die Versammlungstätigkeit überaus rege.

Besonders erfreulich sind die Werbeergebnisse in Berlin, wo trotz aller Aktionen und Anstrengungen der RGO und der Nazis, den Gesamtverband zu schädigen - die Werbearbeit einen besonders fruchtbaren Boden gefunden hat. In der Ortsverwaltung Berlin sind bis zum 1. Dezember d.J. rund 2 000 Neuaufnahmen zu verzeichnen, und besonders erfreulich ist die Tatsache, dass der Besuch der Betriebsversammlungen der Berliner Verkehrsgesellschaft ein ganz ausgezeichnetes ist und dass in diesem Betrieb die Neuaufnahmen für die Organisation besonders zahlreich sind.-

+

Die Haltung des Gesamtverbandes gegenüber dem von der RGO mit Unterstützung der Nationalsozialisten angezettelten Streikverbrechen bei der Berliner Verkehrsgesellschaft - Verbrechen, weil der Streik nichts anderes

als eine skrupellose und frivole Wahlmache war, bei der die Existenz von Tausenden von Berliner Verkehrsarbeitern aufs Spiel gesetzt wurde - scheint also doch nicht so falsch gewesen zu sein, wie das manche sehr kluge Leute damals glaubten feststellen zu können. Die durchaus einwandfreie Haltung des Verbandes und seine sofort nach dem Zusammenbruch des Streiks einsetzenden Anstrengungen, den Opfern des Streiks wieder Arbeit und Brot zu verschaffen - diese Anstrengungen gehen auch jetzt noch weiter - haben in der Berliner Arbeiterschaft aufrüttelnd gewirkt.

Ehrlich währt immer noch am längsten. Die Werbeerfolge des Gesamtverbandes bestätigen das wieder einmal.

-----

SPD. Der Zentralverband der Zimmerer hielt in Dresden eine Konferenz der Zentralinstanzen und Gauleiter ab. Aus dem vom Verbandsvorsitzenden Wolgast erstatteten Bericht über den Stand des Verbands ging hervor, dass infolge der grossen Arbeitslosigkeit die Mitgliederbewegung eine rückläufige Entwicklung aufzeigt, dass aber der Rückgang im ganzen nur gering ist. Der Mitgliederbestand beträgt zur Zeit 86 000. Die Finanzen des Verbandes sind durch Unterstützungen stark in Anspruch genommen, geben aber zu Besorgnissen keinen Anlass.

Die Konferenz beriet auch über die lohnpolitische Lage. In 27 Tarifgebieten sind die Lohnabkommen gekündigt. Nur in wenigen Gebieten haben die Verhandlungen bisher zu einer Vereinbarung geführt. Die Unternehmerverbände stellen zum Teil unverschämte Lohnabbauforderungen. Anfang März 1933 läuft auch der Reichstarifvertrag für das Baugewerbe ab. Die Aussichten für das Zustandekommen eines neuen Tarifvertrages sind gering.

Mit Rücksicht auf den Notstand der Mitglieder wurde eine Herabsetzung der Beiträge für den Zentralfonds um 15 Pfennig beschlossen. Man man damit Wünschen aus Mitgliederkreisen entgegen. Der Beschluss soll den Mitgliedern die Erfüllung ihrer Mitgliederpflichten erleichtern. Die Erwerbslosenunterstützung bleibt von der Beitragsherabsetzung unberührt.

Im nächsten Jahre findet der ordentliche Verbandstag statt. Termin und Tagungsort zu bestimmen, bleibt dem Zentralvorstand überlassen. Beabsichtigt ist, den Verbandstag möglichst mit dem fünfzigjährigen Bestehen des Verbandes im nächsten Jahre zusammenfallen zu lassen.

An die Reichsregierung richtete die Konferenz die Forderung, bei der Arbeitsbeschaffung vor allem das Baugewerbe zu berücksichtigen.

-----

SPD. Auf der Leipziger Beiratstagung des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes wurde beschlossen, den Mitgliedern die Annahme der neuen Schiedssprüche zur Beilegung des Konflikts in der Massschneiderei zu empfehlen. Die endgültige Entscheidung über Annahme oder Ablehnung wird bei der Abstimmung in den Filialen fallen.

Die in den einzelnen Bezirken oder Orten festgelegten Löhne werden nach dem neuen Lohnabkommen als Tariflöhne bis zum 30. April festgelegt. Wo es zu tariflichen Lohnabmachungen nicht gekommen ist, muss bis zum 8. Januar bezirklich, bzw. örtlich über Löhne verhandelt werden. Wo eine Entscheidung nicht zustande kommt, wird ein Schiedsgericht bis zum 20. Januar bindend entscheiden.

Kurz vor der Verkündung des Schiedsspruchs zum Reichstarifvertrag war vom Schlichter Brahn die Frage einer zentralen Zusammenfassung der Löhne aufgeworfen worden. Der Schlichter betonte, dass grundsätzlich der Reichs-

tarifvertrag nicht nur die Arbeitsbedingungen, sondern auch die Löhne regeln müsse. Jedenfalls müsse der Versuch einer Zusammenfassung von Mantel- und Lohnabkommen unternommen werden. Der Schlichter will den Parteien im Zusammenhang mit der Entscheidung über den Mantelvertrag Gelegenheit geben, die Möglichkeit einer zentralen Regelung der Löhne erneut zu prüfen. Die beiden Parteien haben sich bis zum 22. Dezember über die beiden Schiedssprüche zu erklären. Dabei wird sich ergeben, ob ausser den Arbeitsbedingungen auch wieder die Löhne zentral geregelt werden können.

-----

SPD. Der Appell des Jugendsekretärs des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, bei der Schaffung von Winterhilfsmassnahmen für die Arbeitslosen vor allem auch die Jugendlichen nicht zu vergessen, ist in der Öffentlichkeit nicht ohne Echo geblieben. Auch in der bürgerlich-demokratischen Presse wird jetzt darauf aufmerksam gemacht, dass in der nächsten Zeit viele Tausende Arbeitsdienstfreiwilliger entlassen werden, und dass die Entlassenen zunächst einmal drei Monate feiern müssen. Was geschieht, so fragt die "Vossische Zeitung" mit diesen 150 000 und was geschieht mit den übrigen jugendlichen Erwerbslosen, die weder ein Heim haben noch eine Unterstützung? Unmöglich könne man Millionen jugendlicher Arbeitsloser hungernd und frierend auf der Strasse liegen lassen. Reichsmittel und Mittel der Reichsanstalt müssten eingesetzt werden. Man werde mit etwa 10 Millionen eine Wintermahlzeit dieser jugendlichen Erwerbslosen durchführen können. Die Summe müsse aufgebracht werden können; sie mache sich auf jeden Fall bezahlt.

Noch ist die Entscheidung über die Winterhilfe nicht gefallen. Noch einmal muss daher allen verantwortlichen Stellen zugerufen werden: Helft auch den jugendlichen Erwerbslosen!

-----

SPD. Am Freitag wurden die Vertreter der Gewerkschaften vom Reichswirtschaftsminister Warmbold empfangen. Es war einer der nach Regierungsumbildungen üblichen Empfänge zum Zweck einer genaueren Informierung über das Arbeitsprogramm der Regierung.

Besprochen wurden in erster Linie: Arbeitsbeschaffung, Betriebssubvention, Kürzung der Spitzgehälter, Handelspolitik und Weltwirtschaftskonferenz. Die für die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung in Aussicht genommene Summe steht im Augenblick noch nicht endgültig fest. Die Mitteilungen des Ministers erweckten den Eindruck, dass eher noch eine etwas höhere Summe in Frage kommt. Durch die Einstellungsprämien, betonte der Minister, seien immerhin 62 500 Arbeitnehmer zu Arbeit gekommen. In der Subventionierung von Betrieben werde die Regierung Zurückhaltung üben; Zurückhaltung könne aber kein Dogma sein, wenn volkswirtschaftliche Interessen auf dem Spiel ständen. Zur Feststellung der Bezüge der leitenden Angestellten und Direktoren in subventionierten Betrieben werde augenblicklich eine Erhebung durchgeführt. Ueber die Handelspolitik äusserte sich der Minister zurückhaltend.

+

Die Regierung sollte ihre Erhebung über die Spitzgehälter nicht nur auf die subventionierten Betriebe beschränken; denn der Spitzgehälterkandal beschränkt sich nicht auf diese Betriebe. Er herrscht ganz allgemein. Die Deutsche Gold- und Silberscheideanstalt A.G. zahlte im verflossenen Geschäftsjahr jedem ihrer 10 Direktoren das schöne Sümmchen von 110 000 Mark. Von einem solchen Sümmchen müssen einige 100 Arbeitslose leben.

-----

# Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S + P + D

Berlin, den 16. Dezember 1932.

## Kurs auf Marietta.<sup>x</sup>

-----

SPD. Mit vierundzwanzig Jahren konnte ich endlich meiner Sehnsucht folgen und eine Heuer auf einem Orientfahrer nehmen. Nur für eine einzige Reise, als Maschinistenassistent. Aber sie war so voll Sonne, so voll Erleben, dass die bis heute dazwischen liegenden Jahre die Erinnerung daran nicht auslöschen konnten.

+ + +  
In Malaga gingen wir - drei junge Maschinisten - Mittags an Land. In einer Kneipe, in der wir für ein paar Pfennige ein Glas echten unverschnittenen Lacrimae Christi, Malaga oder Moscatel bekamen, setzten wir uns vor die Fässer und blieben dort, bis der Tag Abschied nahm.

Wir waren jung, voll süßen Weines und abenteuerlustig. Die Alcazaba, die dort oben im Dunkel lag, schien uns der geeignete Ort zu sein, etwas zu erleben. Als wir in dem alten Gemäuer herumstiegen, in dem Ziegenhirten, alte Weiber und Bettler in armseligen Löchern hausten, hatten wir uns bald aus den Augen verloren. In der Tiefe glühten die Lichter des Hafens, - zu weit von uns, nach so vielem Weingenuss. Ich wollte mich gerade zum Schlafen auf einem Grasfleck ausstrecken, da kam jemand aus der Höhle, deren schwarze Eingangslücke Unheimliches zu bergen schien, und blieb vor mir stehen. Oh, sie war jung, hatte heisses Blut und hielt mich wach, bis der Morgen graute und die Lichter in der Tiefe langsam von dem aufgehenden Tage ausgelöscht wurden. Sie hiess Marietta. Das war alles, was ich von ihrem Geplauder, das zwischen den Küssen lag, verstehen konnte.

Drei Tage blieben wir beieinander. Drei Tage lauterer Liebe, ohne dass einer die heissen Liebesworte des Andern verstand. Sie wusste nicht, dass es die Abschiedsstunde war, als ich ihr meinen silbernen Ring mit dem Lapislazuli an den Finger steckte.

Als das Schiff vom Pier losmachte, warf sich Marietta auf die Erde, schrie und lachte, lachte und schrie. Der Dampfer war schon einige Meter vom Kai entfernt, als sie aufsprang, sich ins Wasser stürzte und versuchte, den Dampfer schwimmend zu erreichen. Sie wurde aufgefischt und an Land gebracht. Ich war bereit, den nächsten Dampfer nach Malaga zu nehmen, um Marietta wieder zu sehen.

Wir kamen nach Ägypten und Syrien, Afrika und Griechenland. Aber nie in einen Hafen mit einem Dampfer mit Kurs auf Marietta.

+ + +  
Die Sehnsucht nach den Sonnenländern ist in mir wach geblieben. So fuhr ich denn sechzehn Jahre später über den Gotthard nach Genua, um dort den Dampfer für eine Ferienreise nach den Mittelmeerhäfen zu erreichen. Und kam auch nach Malaga. Die Kneipe, in der ich vor sechzehn Jahren gesessen, hatte einen andern Besitzer. Die Alcazaba schien unverändert den Viehhütern, Bettlern und alten Weibern zu gehören. Die Tage mit Marietta wurden wieder lebendig in mir. Ich hatte nichts vergessen. Den Zug nach Granada versäumte ich absichtlich. Ich wollte nicht mit den vielen Passagieren zusammen sein.

Am Hafen sassen ein paar Einzelgänger in einer Kneipe. Ein alter Bettler mit einer Gitarre und ein junges Mädchen von etwa fünfzehn Jahren betragen das Lokal. Das Mädchen tanzte einen alten spanischen Tanz zum eintönigen Gezupf der Gitarre. Nicht besser und nicht schlechter als es hundert andere

taten. Als sie mit dem Teller herumging, sah sie mich an. Ich erschrak. Sie tanzte noch einmal und wollte dann gehen. Ich rief sie zurück, um sie etwas reichlicher zu beschenken. Sie gab mir zum Abschied die Hand, und ich fühlte beim leisen Druck einen Ring. Es war mein silberner Reif mit dem Lapislazuli.

Ich sagte leise: "Marietta?"

Da nickte sie und lachte. Ich hielt sie fest und fragte, auf den Ring zeigend: "Von wem?"

"Von meiner Mutter!"

Otto Larsen

-----  
Kriegsweihnachten.<sup>x</sup>  
-----

SPD. In dem schönen Städtchen Spa in Belgien, das durch die Waffenstillstandsverhandlungen Weltruf erlangt hat, war es, wo wir im Saale des Hotel (Kasino) Kurhaus Weihnachten 1914 erlebten. Wohl keiner von uns hat damals geahnt, dass in eben diesem Saale einige Jahre später um den Frieden der Völker, der aber alles andre als ein Friede im Sinne des Weihnachtsfestes geworden ist, verhandelt werden sollte.

Von den Hotels, Schulen und sonstigen Gebäuden, die als Lazarette eingerichtet waren, strömten die Feldgrauen, Verwundete und Kranke, soweit sie gehen konnten, teils auf Krücken, teils von Kameraden gestützt, etliche auch mit Krankenwagen gefahren, dem Kurhaus zu, um fern der Heimat Weihnachten, das "Fest des Friedens", zu feiern. Ein riesengrosser Weihnachtsbaum in prächtigem Lichterschmuck, darunter ein riesiger Gabentisch, auf dem Berge von Liebesgaben aufgetisch lagen, blinkte uns entgegen. Manchem harten Krieger rollten beim Anblick dieser Herrlichkeiten, während die Gedanken gleichzeitig in der Heimat bei Frau und Kind, Eltern und Geschwistern oder bei den Kameraden im Schützengraben weilten, die Tränen über die Wangen.

Weihnachtsbilder aus meiner Jugendzeit, die ich grösstenteils im Waisenhaus verbracht habe, zogen beim Anblick der grossen Zahl von Kameraden, die sich hier zusammengefunden hatten, um Weihnachten zu feiern, an meinen Augen vorüber. Wie wir Waisenkinder einst unter dem brennenden Weihnachtsbaume standen und unsre Kinderherzen leuchteten, so standen wir nun unter dem Weihnachtsbaume, fern der Heimat, um das Fest des Friedens und der Liebe zu feiern. Aber so sehr sich auch ein jeder mühte, in fröhliche Stimmung zu kommen, so war aus den Gesichtern doch zuersehen, dass dies fast keinem gelingen wollte. War es doch auch gar nicht anders denkbar, im Antlitz des grössten Massenmordes, den die Welt je gesehen, und wo das Brüllen der Kanonen vernehmbar war, Weihnachten zu feiern.

Während der Geistliche seine Rede beendete, der ich, in Gedanken versunken, gar nicht zugehört hatte, erscholl plötzlich aus rauhen Kriegerkehlen das Lied: "Fröhlich soll mein Herze springen, dieser Zeit, da vor Freud' alle Engel singen". Wie eine Ironie des Schicksals, wie bitterer Hohn gegen alles, was man die Menschheit bisher gelehrt hatte und heute noch lehrt, klang dies Lied an mein Ohr.

Nachdem die Feier beendet war und wir unsre Gaben erhalten hatten, begaben wir uns wieder in unsre Lazarette. In meinem Zimmer, in dem einige Schwerkranke lagen, die zurückgeblieben waren, war ausser ihnen nur noch die Schwester anwesend. Weinend sass sie am Bette eines Kameraden und sah uns bei unserm Eintreten, wie aus dem Schlafe erwacht, an. Auf meine Frage, wie es dem Kameraden gehe, erklärte sie unter Tränen: "Eben habe ich ihm die Augen zgedrückt." Seine letzten Worte, während er gleichzeitig die Hand der Schwester erfasst hatte, waren gewesen: "Mutter, heute ist doch Weihnachten!"



Damit war ein blühendes Menschenleben von nicht ganz 22 Jahren dahingegangen. Frieden, "Weihnachten" lag auf seinem blassen, zum Skelett abgemagerten Antlitz. Ruhig und still war er an Typhus verschieden. Nachdem wir kleine Tannenzweige auf den Toten gelegt hatten, kamen zwei Sanitäter und trugen ihn hinaus.

Abermals feiert die Menschheit Weihnachten! Wohl ist heute der Kanonendonner verstummt, aber genau wie damals mordet man das Proletariat aller Länder, und es droht unter der Last des Lebens zusammenzubrechen. Einst waren es die Mordwaffen und Seuchen, die Millionen dahinrafften, und heute sind es Elend und Verzweiflung infolge von Arbeitslosigkeit, die Millionen langsam dahinsiechen lassen. Wann endlich rafften sich die Völker der Erde auf aus ihrer Schläfe und befreien sich aus den Fesseln der Knechtschaft, dass auch für sie Weihnachten endlich das Fest des Friedens und der Versöhnung werde, wie es das Geburtsfest des grossen Nazareners sein soll?

H. Fieberling.

-----  
Die Sonntagsjäger.<sup>x</sup>  
-----

SPD. In der Todesangst bekommen Menschen und Tiere manchmal übernatürliche Kräfte und Fähigkeiten. Man kennt Beispiele dafür, dass Halblahme oder Asthmakranke plötzlich rennen und Wasserscheue schwimmen können; dass Feiglinge mutig und Schwächlinge zu Herkulesen werden - wenn ihr Leben bedroht ist. Ähnlich erging es dem Hasen in Herrn Trinkners Garten.

Dieser Garten lag weit draussen vor der Stadt. Herr Trinkner hielt sich oft in ihm auf; zur Erholung, und um durch körperliche Arbeit etwas für seine Gesundheit zu tun. An seinen Garten grenzte der seines Freundes und Kollegen des Zahntechnikers Martin Baumgart. Die zwei Grundstücke waren durch einen Zaun getrennt; man konnte aber schnell durch eine Verbindungstür von einem ins andre hinüberwechseln. Dort also pflanzten die beiden Junggesellen ihre Rüben und ihren Kohl, von dem ausser den Gartenbesitzern noch die Kaninchen des Herrn Baumgart profitierten. Herr Trinkner mochte keine "Stallhasen", hielt sich darum auch keine und ärgerte seinen Freund oft mit gehässigen Bemerkungen über das "eklige Viehzeug".

An einem Sonntag nun - Herr Trinkner war seit acht Tagen nicht mehr in den Garten gekommen - hatte sich ein dritter Liebhaber seines Kohls eingestellt: ein wirklicher und leibhafter Hase.

Meister Lampe sass in den Krautbeeten und hielt die Löffel steif. Beim Nahen des zweibeinigen Feindes griff er aus und sauste davon. Aber siehe da: der Gartenzaun setzte seinem Drang in die Ferne und in andre Paradiese ein Ende. Mit Staunen beobachtete Herr Trinkner, dass es dem Tiere nicht gelang, durch die Zwischenräume des Zaunes zu entweichen. "Wie ist denn das nur möglich?" fragte er den aus dem Nachbargarten herbeigerufenen Freund. "Der Hase ist durch die Latten hereingekommen; also muss er doch auf demselben Wege auch wieder hinaus können." Baumgart sah ihn spöttisch lächelnd an. "Deine Schlussfolgerung ist unlogisch, lieber Freund", sagte er. "Du hast anscheinend nie die Geschichte von dem Wolf gelesen, der durch ein Kellerloch in die Fleischkammer gelangte und dann so viel frass, dass er zu fett wurde und auf dem Rückweg im Kellerloch stecken blieb."

"Du meinst also?..." fragte Trinkner zweifelnd.

"Ja", entgegnete der Andre. "Der Hase sitzt seit acht Tagen in deinem Kohl und frisst sich dick und rund. Allzu rund. Er hatte sich zweifellos überlegt, dass es besser wäre, diese sicheren, fetten Jagdgründe nicht mit etwa mageren zu vertauschen. Warum in die Ferne schweifen? Sieh, das Gute liegt so nah!"

Baumgart redete noch weiter und goss die Lauge seines Spottes über den armen Herbergsvater aus. Der wurde zornig und rief: "Bei meiner Seligkeit, der Blitzhas soll die Rechnung ohne den Wirt gemacht haben!"

"Ha, ein furchtbarer Schwur!" höhnte Baumgart wieder. "Damit soll doch wohl gesagt sein: so, wie der Hase mit deinem Kohl umgegangen ist, willst du jetzt mit ihm umgehen. Fürwahr, ein kühner Entschluss! Allein, eine Erfahrungstatsache besteht: man brät einen Hasen nicht in der Pfanne, - man hat ihn denn!"

"Dazu wirst du mir helfen, Martin! Du bist doch der berühmte Schützenkönig von Lindenau." Trinkner freute sich, dem Spötter eins auf den losen Mund geben zu können, denn er wusste wohl, dass sein Freund an dieser Stelle leicht verwundbar war. "Somit muss es für dich ein Leichtes sein, den Hasen zu schießen, zumal da das unselige Tier sich ja selbst den Rückzug abgeschnitten hat. Ich lade dich dann auch zum Hasenessen ein..."

Baumgart lehnte dankend und verächtlich ab. "Ich esse keine Hasen, dieses Aaswild. Ich halte mich an meine von dir geschmähten zivilisierten Tiere. Immerhin will ich dir den Gefallen tun und den Hasen abschiessen."

Mit diesen Worten ging er hinüber in sein Bereich und holte aus dem Gartenhäuschen ein Terzerol. "Es ist zwar keine schussichere Flinte", sagte er, "aber wir werden ihn auch damit kriegen."

Der Angriffsplan wurde entworfen. Trinkner trieb den Hasen in eine Ecke des Gartens und von hier aus auf einen Weg, der für diese Zwecke so günstig lag wie ein Hohlweg. Der Hase schlug richtig die vorschriftsmässige Route ein und rannte den Hohlweg entlang, an dessen Ende Baumgart mit der Pistole hinter dem Gebüsch lauerte. Der Hase huschte vorbei. Der Schuss krachte. Rauch lag auf dem Sande, aber kein Hase.

"Hast du ihn getroffen?" fragte der herbeieilende Freund. "Na und ob!" orakelte Baumgart. "Such nur die Umgebung ab! Schau her! Ist das vielleicht nicht schon Schweiss auf der Spur? Er ist mindestens tödlich verwundet."

Mit dieser Behauptung - und auch sonst - hatte er freilich ein wenig übers Ziel hinausgeschossen. Verwundet war der Hase nicht, aber doch ziemlich verstört und seelisch bedrückt, wie es den Jägern schien. Sie fanden ihn hinter einem Krautstrunk.

Von neuem begann die Hatz. Wieder ohne Erfolg. Eine wilde Jagd kreuz und quer durch den Garten entstand. Der sah bald wie ein Schlachtfeld aus. Wertvolle Pflanzen waren zertreten, Johannisbeerbüsche niedergetrampelt worden. Fiebernd vor Jagdeifer hetzten die wackeren Waidmänner unermüdlich durch den Garten. Baumgart fiel unversehens in ein Gebüsch von Brennnesseln und fing lästerlich zu fluchen an. Blindlings schoss er in die Gegend, wo er den Hasen vermutete. "Bist du toll geworden?" schimpfte Trinkner. "Beiläufig hättest du mich getroffen!"

Hallo! Jetzt stob der Hase wieder vorbei. Das Krautwerk raschelte; des Tieres Rücken glänzte braun hervor. Der wütende Baumgart, dem die Hand von den Brennnesseln her empfindlich brannte, schoss zwei-, dreimal. Das Wild blieb auf der Strecke.

Aber, o Schreck! Bei näherem Zusehen erwies sich der vermeintliche Hase als - ein Kaninchen aus dem Stalle Baumgarts. Der Mann hatte die Durchgangstür zu seinem Garten handbreit offen stehen lassen, als er die Pistole holte. Das ahnungslose Karnickel hatte die Gelegenheit benützt, um einen Ausflug ins fremde Land zu machen, und musste seine Unternehmungslust mit dem Leben bezahlen. "Mein bester Rammler!" jammerte der unglückliche Schütze und fuhr rache-schnaubend auf. "Das soll der Malefizhas mir büssen!"

Abermals wurde auf das arme Häslein Jagd gemacht. Es gelang, das Tier in einem Winkel des Gartens längere Zeit zu halten. Die offene Seite dieses Winkels riegelten die Männer mit Brettern und Gartengerümpel ab. Nun war der Hase wie in einem Zookäfig gefangen. Verängstigt sass er in seiner Ecke und fühlte

wohl in seinem Haseninstinkt, dass es jetzt bitter ernst wurde.

Baumgart zielte wieder. Traf aber zum xten Male daneben. In diesem Augenblick nahm der Hase einen Anlauf, raste an den Beiden vorbei und schnellte am Gartenzaun empor. Der Schütze vergass das Schiessen. Sein Gehilfe sperrte Maul und Augen auf. Beide starrten, masslos überrascht, auf das Wunder, dass ein Hase über einen meterhohen Zaun kletterte, standen zehn Sekunden lang verdutzt und ungläubig. Diese zehn Sekunden genügten dem Meister Lampe, dem die Angst gewissermassen Flügel verliehen hatte, sein Leben in Sicherheit zu bringen. Er verschwand und ward nicht mehr gesehen.

Erich Kunter.

-----  
Begegnung mit Ludwig Devrient.<sup>x</sup>  
-----

(Eine hundertjährige Sylvester-Erinnerung.)

SPD. Der Studiosus und heimliche Dichter Christian Dietrich Grabbe bummelte durch die Strassen Berlins und gelangte um die zehnte Vormittagsstunde in die Nähe des Königlichen Schauspielhauses. Aus dem Bühnentürchen trat in diesem Augenblick eine mittelgrosse, schlanke Gestalt. Die markante Adlernase versank in dem aufgeschlagenen Mantelkragen; unter dem Hute quollen die schwarzen Haare hervor. Es durchzuckte Grabbe: "Das ist Ludwig Devrient!" Er hatte ihn als König Lear und Shylock auf den Brettern gesehen und seine Begeisterung über die lebensstarken, glutvoll erfassten Gestalten war ohne Grenzen gewesen. Jetzt ging er fünfzig Schritte vor ihm; jetzt knallte eine Wirtshaus-tür hinter ihm zu. Grabbe folgte dem grossen Schauspieler so eilig, dass der Schlackerschnee hoch aufspritzte. Er kramte in seinen Taschen, zog Manuskripte hervor, einen silbernen Löffel, ein rotes Taschentuch und brachte endlich einen versteckter Taler zum Vorschein.

Er trat in die kleine Weinstube ein, in der Devrient verschwunden war. Billardkugeln liefen über den grünen Samt. Zigarrendampf wirbelte vom Luftzuge der Thür. Zeitungen und Journale verbargen die Köpfe der meisten Gäste.

Ludwig Devrient sass in einer erhöhten Fensternische und blickte starr in sein Glas. Grabbe hatte Zeit, sein Profil genauer zu betrachten. Die lange, etwas seitwärts gebogene Adlernase reichte im kühnen Schwunge bis an die Lippen. Das spitze Kinn stiess auf die schwarze Halsbinde, und das natürlich gelockte Haar fiel in das blasse, erdfahle Gesicht.

Christian Dietrich trat an den Tisch der Fensternische und nannte seinen Namen. Langsam hoben sich die grossen schwarzen Augen vom Glase und ruhten mit einer unheimlichen Dämonie auf Grabbes Angesicht, dass dieser sich niedergedonnert fühlte, verwirrt nach einer Zeitung griff und sich damit in den Hintergrund zurückzog. Er las immer wieder mechanisch den Kopf der Zeitung: "Morgenblatt für die gebildeten Stände. Leipzig. Verlag Cotta. Den 12. Dezember anno 1822". In seinem Kopfe aber krochen böse Gedanken herum vom Hochmut der Narren, der Fratzenschneider: Dieser Devrient hatte - zwanzig Jahre mochte es her sein - auf den Brettern der Schmiere gestanden, in Naumburg und Dessau. Seine Schulden trieben ihn dann bei Nacht und Nebel nach Breslau. Jetzt, als Königlicher Hofschauspieler, war es ihm natürlich leicht, auf ihn, den Dichter Grabbe, herabzusehen.....

Grabbe duckte den Kopf tiefer in die Zeitung, hörte dann ein Stuhlrücken an seinem Tische und eine klangreiche Stimme sprechen: "Bester, was wissen Sie von den Bosheiten und Intrigen des Intendanten und der Büros? Zum Davonlaufen ist's! Ich stehe am falschen Platze! Der Brühl gibt mir nicht die Rollen, in denen ich gross sein könnte. Sehen Sie, hier hab' ich einen merkwürdigen Kerl in der Tasche; den möchte ich spielen!" Damit zog er die Rolle

Richards des Dritten hervor und begann so laut zu deklamieren, dass die Leute im Lokal aufhorchten, ihre Zeitungen weglegten und den Anstoss beim Billardspiel vergassen. Als er das Heft wieder in die Tasche steckte, waren die missmutigen Falten um seinen Mund verschwunden.

Grabbe hatte bisher keine Lücke gefunden, wo er ein Wort hätte einschalten können. Jetzt packte ihn der Hochmutsteufel im Nacken. Mit grossartiger Geste breitete er Manuskriptblätter auf dem Tische aus und las mit seiner rauhen Stimme einige Szenen aus "Scherz, Satire, Ironie und tiefere Bedeutung" vor, die er vor einigen Tagen geschrieben hatte. Die Leute lächelten und stiessen sich an. Devrient fühlte die peinliche Situation, in die sich der Dichter begeben hatte, legte seine Hand auf die Blätter und sagte: "Der Teufel der im Sommer erfriert, ist hier fehl am Platze. Wir wollen seine Bocksprünge in meinen vier Wänden bewundern und eine gute Flasche Rheinischen dazu trinken."

Ein Tuchreisender aus Sachsen sagte zu dem Wirte, als Devrient und Grabbe das Lokal verlassen hatten: "Na hör'n Se, hier in Ballin gibts ja scheene Känze!"

Am gleichen Abend stand Devrient in seiner Glanzrolle, als Franz Moor, auf den Brettern. Ein schwarzes Samtkleid, reich mit Gold bestickt und von einem kostbaren Spitzenkragen gekrönt, umgab seine hohe Gestalt. Ein teuflisches Gesicht, mit Zinnober und geschwärzten Korkstöpseln gut zurechtgemacht, liess im voraus alle Schurkereien der folgenden Akte ahnen. Die Sprache hatte bei ihren geschmeidigen Tonabstufungen im Heuchlerischen stets eine beige-mischte Schärfe. Im überfüllten Hause herrschte Totenstille. Niemand wagte, einen lauten Atemzug zu tun.

"Der muss meinen schwarzen Berdoa spielen!" dachte Grabbe, der mit Hilfe eines Freibilletts seinen Platz auf der Stehgalerie mit einem Sperrsitzsessel vertauscht hatte. "Keiner kann teuflischer lachen, keiner hat so glühende, dämonische Augen. Eine Gänsehaut kann man kriegen..." Als nach dem letzten Akte der Beifall wie ein Sturmwind losbrach, eilte Grabbe nach dem Bühneneingang. Den wachhabenden Grenadieren rief er zu: "Platz da, ich bin der Verfasser des Schauspiels!" So gelangte er vor Devrients Garderobentür. Ein aufgeregter Mann stand im Zimmer und schrie: "Kommen Sie heraus, Ludwig! Das Publikum rast. Sie müssen sich zeigen!" Devrient donnerte: "Ueberbringen Sie dem werten Publikum die Aufforderung des Götz von Berlichingen! Verfl...!" Der aufgeregte Mann tat das nun freilich nicht, sondern richtete einige wohlgewählte Worte an die Damen und Herren im Parkett.

"Ich habe heut' gespielt wie ein Schwein, Grabbe! Kein Wort gewusst. Die Szene mit dem Dolche... Herrgott, er fiel ja zu früh aus meiner Hand... Erwidern Sie nichts; sonst müsste ich glauben, Sie verstünden auch nichts davon wie die Narren da unten..."

Völlig zerknirscht sass Devrient in einer Ecke. Anscheinend hatte die Rolle seine physischen Kräfte völlig aufgebraucht. Wie ein Trunkener kleidete er sich um und ging dann an Grabbes Arme schwer und müde die Treppen hinab. Vierzig Jahre alt und schon ein Wrack...

Ausgetretene Stufen führten zu dem Weinkeller von Lutter und Wegener. Wie manche Nacht hatten Devrient und sein Intimus E.Th.A.Hoffmann hier in dem düsteren Gewölbe durchzechet! Hoffmann lag krank in dem Hause Charlottenstrasse 38. Devrient trank das erste Glas auf seines Freundes Gesundheit. Seine Sprache bekam wieder Glanz und Kraft. Nach der zweiten Flasche tobten die Lebensgeister schon übermütig in den Reden... Die wilde Tafelrunde - Köchy und einige Studenten hatten sich noch eingefunden - löste sich erst auf, als am Morgen die Karren der Marktweiber am Fenster vorüberrollten.

+ + +  
Zehn Jahre später. Grabbe war ins Philisterium gekrochen und trug die Uniform des Auditeurs durch die Strassen seiner Vaterstadt Demold. Die Zeitungen brachten ihm dann und wann den Namen des berühmten Schauspielers vor

die Augen. Am Sylvesterabend des Jahres 1832 (der Abschiedstrunk dampfte schon auf seinem Tische) fand er folgende Anzeige in der Berliner Morgenpost: "Der Unterzeichnete erfüllt die schmerzliche Pflicht, den nach langer Krankheit heute Morgen erfolgten Tod des Schauspielers Ludwig Devrient zur öffentlichen Kenntnis zu bringen. Seit dem Jahre 1815 war er die Zierde der Berliner Bühne. Seine genialen Leistungen werden ebenso unvergesslich bleiben, als der anspruchslose Sinn, den er in seinem Leben überall zeigte. Berlin, den 30. Dezember 1832. Generalintendantur, gez. v. Redern."

"Gute Nacht, Ludwig! Das Spiel ist aus! Der Vorhang fiel für immer... Dieses Glas gilt unsrer kurzen Begegnung auf den Irrwegen des Lebens..." Tränen fielen aus Grabbes Augen....

Hans Heinrich Strätner.

-----  
Friedensglocken?  
-----

SPD. Wieder läuten die Weihnachtsglocken. Läuten sie wirklich zum Frieden, zum Frieden in aller Welt? Können wir zum Fest einen Augenblick Atem holen? Einen Tag zufrieden die Ruder einstreichen, weil wir genügenden Wind haben auf dem Wege zum Fortschritt?

Man hätte denken sollen, dass nach dem Weltkriege alle Welt kriegsmüde wäre und daher eine Zeit grösster Weltruhe kommen würde, wie etwa nach den Napoleonischen Weltkriegen. Aber - diese hatten mit ausserordentlich gemässigten Friedensbedingungen geschlossen, während nach dem letzten grossen Kriege die Friedensverträge geradezu barbarisch waren und grösste Unruhe hervorgerufen haben. Sie haben Mitteleuropa balkanisiert und Kriegsentschädigungen von entsetzlicher Härte gebracht. Die vermehrten Staatsgebilde haben neue Zollschranken aufgerichtet, und die neuen Grenzen enthalten die grösste Willkür. Frankreich fühlt sich in seinem Besitz von Elsass-Lothringen sehr wenig gesichert und fürchtet Rache. Polen hat seine Länder noch nicht zusammengesweisst. Österreich kann nicht leben und nicht sterben. Auf dem Balkan sind die neuen Grenzen aber schlechter als die alten. Im fernen Osten ist Japan ein bedenklicher Unruhebazillus.

Die religiösen Kräfte für den Weltfrieden machen sich kaum geltend. Die Geistlichen predigen von den Kanzeln mit schönen Worten, aber sie halten doch das Schwert nicht für etwas Unheiliges und Teuflisches, wie das im Urchristentum der Fall war. Andererseits sind Rüstungsinteressenten vorhanden, die die Lohe unter der Asche noch schüren. Da muss die Arbeiterschaft sich immer wieder ins innerste Gewissen schreiben und zum Bewusstsein bringen, dass wir uns niemals wieder dazu bereit finden dürfen, Weihnachten in den Schützengräben zu verleben, und dass wir mit allen Fiebern und Fasern bestrebt sein müssen, ein solches Unglück zu verhüten, um die Menschheit nicht wieder zu schänden. Denn heilig ist uns das Menschenleben.

Aber die Friedensglocken sollen auch läuten für den Frieden im eignen Volke. Wir hatten nach dem Kriege gehofft, allmählich friedlich die kapitalistischen Kräfte enteignen zu können. Wir würden mit leisen Schritten und ohne viel Krach auf dem Entwicklungswege hineinwachsen in den Sozialismus. Wir haben gesehen, dass so sanft und eben der Weg nicht geht. Der Klassenkampf, d.h. der Kampf der Unterdrückten gegen ihre Ausbeuter, die Umwandlung der Privatwirtschaft in eine Gemeinwirtschaft zu einer klassenlosen Gesellschaft wird sich nicht über Nacht verwirklichen lassen. Ohne gewaltiges Ringen kann man einem Raubtier nicht die Krallen ausbrechen und einen Zivilgeneral nicht durch Klopfen auf die Schulter in die Reihen der einfachen Soldaten der Revolution einreihen. Grosse Meteore bohren Löcher in die Erde, wenn sie stür-

die Augen. Am Sylvesterabend des Jahres 1832 (der Abschiedstrunk dampfte schon auf seinem Tische) fand er folgende Anzeige in der Berliner Morgenpost: "Der Unterzeichnete erfüllt die schmerzliche Pflicht, den nach langer Krankheit heute Morgen erfolgten Tod des Schauspielers Ludwig Devrient zur öffentlichen Kenntnis zu bringen. Seit dem Jahre 1815 war er die Zierde der Berliner Bühne. Seine genialen Leistungen werden ebenso unvergesslich bleiben, als der anspruchslose Sinn, den er in seinem Leben überall zeigte. Berlin, den 30. Dezember 1832. Generalintendantur, gez. v. Redern."

"Gute Nacht, Ludwig! Das Spiel ist aus! Der Vorhang fiel für immer... Dieses Glas gilt unsrer kurzen Begegnung auf den Irrwegen des Lebens..." Tränen fielen aus Grabbes Augen....

Hans Heinrich Strätner.

-----  
Friedensglocken?  
-----

SPD. Wieder läuten die Weihnachtsglocken. Läuten sie wirklich zum Frieden, zum Frieden in aller Welt? Können wir zum Fest einen Augenblick Atem holen? Einen Tag zufrieden die Ruder einstreichen, weil wir genügenden Wind haben auf dem Wege zum Fortschritt?

Man hätte denken sollen, dass nach dem Weltkrieg alle Welt kriegsmüde wäre und daher eine Zeit grösster Weltruhe kommen würde, wie etwa nach den Napoleonischen Weltkriegen. Aber - diese hatten mit ausserordentlich gemässigten Friedensbedingungen geschlossen, während nach dem letzten grossen Kriege die Friedensverträge geradezu barbarisch waren und grösste Unruhe hervorgerufen haben. Sie haben Mitteleuropa balkanisiert und Kriegsentschädigungen von entsetzlicher Härte gebracht. Die vermehrten Staatsgebilde haben neue Zollschranken aufgerichtet, und die neuen Grenzen enthalten die grösste Willkür. Frankreich fühlt sich in seinem Besitz von Elsass-Lothringen sehr wenig gesichert und fürchtet Rache. Polen hat seine Länder noch nicht zusammenschweisst, Österreich kann nicht leben und nicht sterben. Auf dem Balkan sind die neuen Grenzen aber schlechter als die alten. Im fernen Osten ist Japan ein bedenklicher Unruhebazillus.

Die religiösen Kräfte für den Weltfrieden machen sich kaum geltend. Die Geistlichen predigen von den Kanzeln mit schönen Worten, aber sie halten doch das Schwert nicht für etwas Unheiliges und Teuflisches, wie das im Urchristentum der Fall war. Andererseits sind Rüstungsinteressenten vorhanden, die die Lohe unter der Asche noch schüren. Da muss die Arbeiterschaft sich immer wieder ins innerste Gewissen schreiben und zum Bewusstsein bringen, dass wir uns niemals wieder dazu bereit finden dürfen, Weihnachten in den Schützengräben zu verleben, und dass wir mit allen Fiebern und Fasern bestrebt sein müssen, ein solches Unglück zu verhüten, um die Menschheit nicht wieder zu schänden. Denn heilig ist uns das Menschenleben.

Aber die Friedensglocken sollen auch läuten für den Frieden im eignen Volke. Wir hatten nach dem Kriege gehofft, allmählich friedlich die kapitalistischen Kräfte enteignen zu können. Wir würden mit leisen Schritten und ohne viel Krach auf dem Entwicklungswege hineinwachsen in den Sozialismus. Wir haben gesehen, dass so sanft und eben der Weg nicht geht. Der Klassenkampf, d. h. der Kampf der Unterdrückten gegen ihre Ausbeuter, die Umwandlung der Privatwirtschaft in eine Gemeinwirtschaft zu einer klassenlosen Gesellschaft wird sich nicht über Nacht verwirklichen lassen. Ohne gewaltiges Ringen kann man einem Raubtier nicht die Krallen ausbrechen und einen Zivilgeneral nicht durch Klopfen auf die Schulter in die Reihen der einfachen Soldaten der Revolution einreihen. Grosse Meteore bohren Löcher in die Erde, wenn sie stür-



zen. Wir haben gerade im letzten Jahre gesehen, dass wir uns wieder mehr auf unsre revolutionäre Vergangenheit besinnen und auf schwere Stürme und Wirbel gefasst machen müssen. Da soll uns das Weihnachtsfest nicht rührselig und weichlich machen und uns nicht Frieden vortäuschen, wo noch kein Friede ist. In der Feststimmung wollen wir vielmehr unsre Kräfte sammeln. Die Betrachtung des Ideals einer Menschheit, die nur in der Liebe miteinander wetteifert, soll uns nur veranlassen, alle Kräfte dafür in Bereitschaft zu setzen. Je mehr der Mensch die Herrschaft über die rohen Kräfte der Natur gewinnt, umso mehr muss es ihm gelingen, auch die Geister zu zwingen, nicht mit gegen-, sondern füreinander zu schaffen zueinem harmonischen Konzert der verschiedenen Stimmen  
Pfarrer Köttschke (Prösen).

-----  
Der unzufriedene Dichter.<sup>x</sup>  
-----

SPD. Der bekannte Schriftsteller Otto Erich Hartleben hatte mit seinen erst zu nehmenden satirischen Komödien "Angèle", "Hanna Jagert" und "Die sittliche Forderung" beim grossen Publikum wenig Erfolg. Erst das grobschlächtige Drama "Rosenmontag", das die sogenannte Offiziersehre behandelt, schlug durch und brachte dem Dichter viel Geld ein. Freilich zerrann dem allzeit Lebenslustigen und Freigebigen der Mammon unter den Händen. Otto Erich war viel zu klug, um die grossen Schwächen dieses erfolgreichen Stückes nicht zu erkennen; seine früheren Arbeiten stellte er nach wie vor viel höher.

Als das Wiener Burgtheater den "Rosenmontag" einstudierte, wohnte Hartleben den Proben bei. Eines Vormittags geht er zwischen den Kulissen auf und ab, wirft wütende Blicke auf die Bühne und brummt immer wieder: "Scheusslich, scheusslich!" Schlenther, der Theaterdirektor, nimmt ihn endlich beiseite und flüstert ihm zu: "Weisst du, du machst meine Schauspieler mit dem ewigen "Scheusslich!" ganz nervös. Wenn du etwas anders haben willst, so sage es doch ganz offen! Wir sind ja nicht unbelehrbar."

"Ach," platzt Hartleben heraus, "die Schauspieler machen ihre Sache ganz famos. Ich meine doch das Stück!"

K.Qu.

-----  
SPD. Die heiligen zwölf Nächte.<sup>x</sup> Das Julfest, das altgermanische Fest der Wintersonnenwende, hat seinen Namen erhalten von dem altnordischen Worte "Jol", das so viel wie "Rad" bedeutet. Das Rad war das Sinnbild der Sonne, die dann am Tage der Sonnenwende ihre Umdrehung vollzieht. Das alte germanische Julfest dauerte 12 Tage, beginnend von der Nacht der Sonnenwende. Die Kirche hat diese Festdauer in der Festlegung der sogenannten heiligen zwölf Nächte übernommen, die bis zum Dreikönigstage dauern. Der alte Sonnen- und Weihnachtsgott war Freier, sein heiliges Tier der Eber. Im Norden gibt es noch heute zu Weihnachten ein feines Gebäck, den Juleber oder Julbock; ihm ist ein Eberkopf aufgedrückt.

-----  
SPD. Die Geschichte lehrt uns, dass es das übliche Schicksal neuer Wahrheiten ist, als Ketzereien zu beginnen und als Aberglauben zu enden.

Aldous Huxley.